

NETZ

বাংলাদেশ



Frieden machen

Wie gewaltfreie Konflikttransformation mehr Gerechtigkeit schafft

IMPRESSUM

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für
Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.
Moritz-Hensoldt-Str. 20
35576 Wetzlar
Telefon: 06441-974630
zeitschrift@bangladesch.org
ISSN: 1619-6570

Layout design: Danielle Lima
v.i.S.d.P.: Dirk Saam
Druck: wirmachendruck
Redaktion: Afsana Binte Amin,
Dr. Ashrafuzzaman Khan, Niko
Richter, Nurun Naher Shoma,
Max Stille, Shamsul Haque Suza,
Sven Wagner (Leitung und
Gesamtkoordination).

Titelbild: Friedensmacher*innen
aus Rajshahi (Fotos: Sven Wagner).

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht in jedem
Fall die Meinung von Herausgeber
und Redaktion wieder. Wir
verwenden gendergerechte
Sprache im Sinne der Sichtbar-
machung aller Menschen.

Ausgabe: 5 €.

Frieden machen

Die Geschichte einer Orange

Ein alternativer Blick
auf Konflikte

6



Aus der Mitte der Gesellschaft

Friedensarbeit als
gemeinsamer Weg

8



„Doch, Ihr könnt etwas verändern!“

Über die wichtige Rolle
der Zivilgesellschaft

13



Freude am Miteinander

Eindrücke aus
der Friedensarbeit

16



Friedensmacher*innen erzählen

Wer sind die Menschen
hinter der Initiative?

20



Gemeinsam Gewalt überwinden

Landkonflikte als große
Herausforderung

28



Das Netzwerk stärken

Eine Nationale Plattform für
Konflikttransformation

33



Liebe Leser*innen,

Konflikte sind Teil unseres Lebens. Und doch werden sie manchmal so groß und von Unrecht und Diskriminierung getrieben, dass sie für Menschen existenzbedrohend sind. Was aber tun? Wie können Rechte von Minderheitengruppen gewahrt und Menschen gestärkt werden, die kaum Mittel haben, sich gegen Gewalt zu wehren?

Friedensmacher*innen, die im Nordwesten Bangladeschs aktiv sind, geben den Anstoß: Sie bringen Fälle von Menschenrechtsverletzungen an die Öffentlichkeit, unterstützen Opfer und sorgen vor allem dafür, dass es gar nicht erst zu Gewalt kommt. Sie bilden eine große zivilgesellschaftliche Initiative, in der sich nicht nur Freiwillige und Helfer*innen, sondern vor allem auch Betroffene selbst gegen Unrecht und Diskriminierung einsetzen. Menschen in abgelegenen Dörfern erkennen so, dass Sozialleistungen keine Wohltätigkeit von Behörden oder Beamt*innen sind, sondern es ein Recht darauf gibt. Frauen emanzipieren sich. Heranwachsende lernen, Verantwortung zu übernehmen.

Ihre wichtigsten Werkzeuge sind Wissen und das Wort. Die Friedensmacher*innen klären Menschen über ihre Rechte auf, sie hinterfragen soziale Normen, die Diskriminierung ermöglichen – und sie stärken die Jugend. Tausende Mädchen und Jungen engagieren sich an Schulen in Zusammenarbeit mit der Friedensinitiative. Sie spielen Theater, diskutieren in Schüler*innenforen und laden die gesamte Ortschaft zu ihren Schulfesten ein. Die Friedensmacher*innen suchen den Kontakt zu Behörden, sie sind das Bindeglied zwischen Bürger*innen und Politik – und sie stoßen einen gesamtgesellschaftlichen Prozess an: gegenseitiges Vertrauen schaffen, Rechte einfordern und Gewaltfreiheit fördern, miteinander ehrlich sein, den Frieden sichern.

Wie die ehrenamtliche Friedensinitiative arbeitet, lesen Sie auf den Seiten 6 und 7. Im Interview auf Seite 13 spricht der NGO-Leiter Akramul Haque über indigene Gruppen und erklärt, warum der Einsatz für sie besonders wichtig ist. Und ab Seite 20 berichten Friedensmacher*innen selbst aus ihrem Leben und beschreiben, warum sie dieses bedeutende Engagement auf sich nehmen.

Wir wünschen eine mutmachende Lektüre.

AFSANA BINTE AMIN UND SHAHIDUL ISLAM

NETZ Bangladesch – Partnerschaft für Gerechtigkeit und Entwicklung e.V.



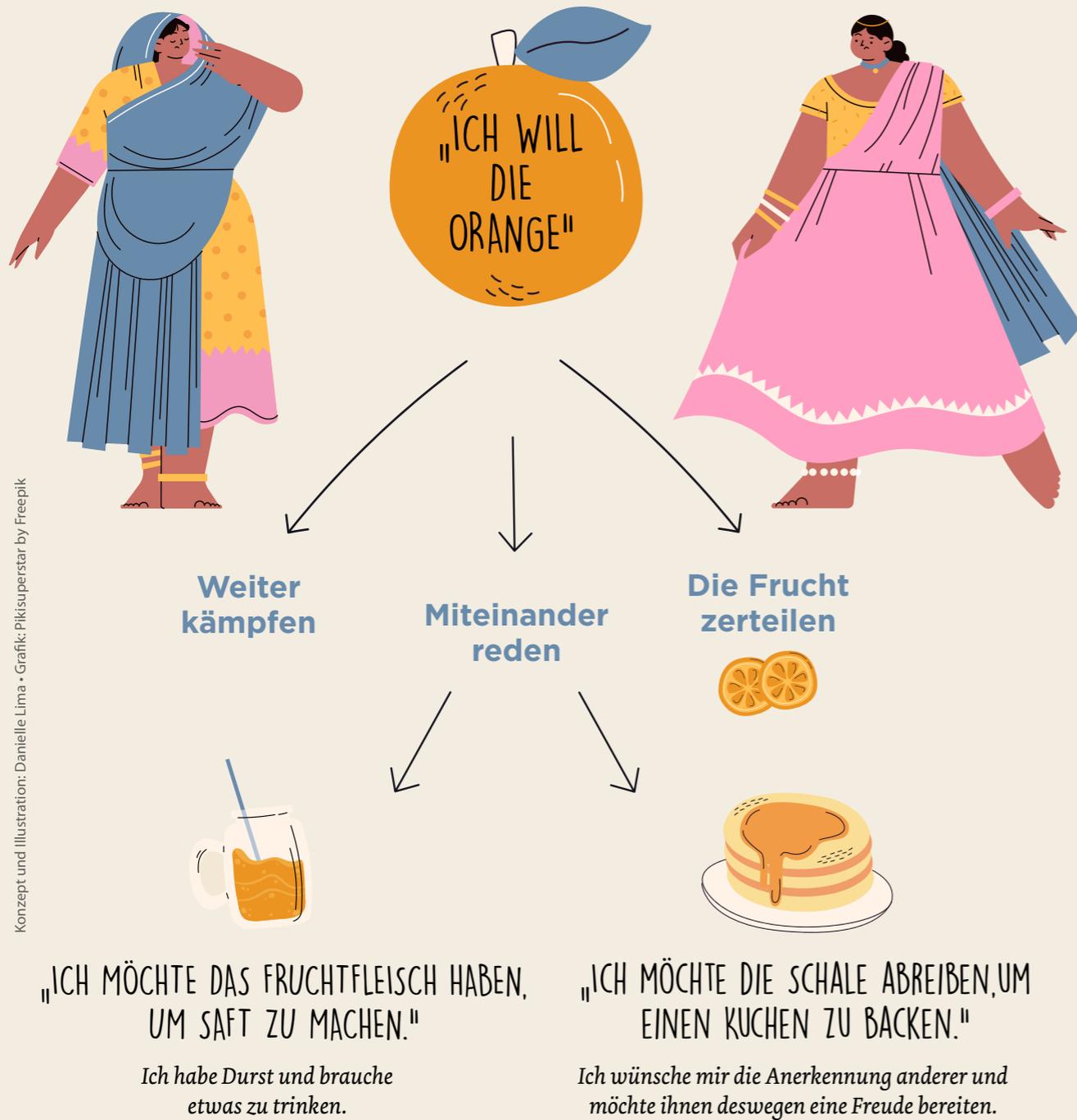
Würfeln gegen Vorurteile

Gemeinsam, mit Freude und ohne jegliche Gewalt – das steht im Mittelpunkt, wenn die Friedensmacher*innen in Bangladesch aktiv sind. Sie organisieren sich in Landkreis-Gruppen, Schüler*innenforen und Arbeitsgemeinschaften an Schulen, in Nachwuchs-Theatergruppen sowie Selbstverteidigungsgruppen für Mädchen. Und zusammen bilden sie eine Friedensinitiative als wichtigen Teil der zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsarbeit in ihrem Land. Während Anwält*innen und Aktivist*innen mit einem rechtsbasierten Ansatz vor allem die juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen voranbringen, verfolgt die Friedensinitiative ein weiteres bedeutendes Ziel: die gewaltfreie Transformation von Konflikten.

Hier, an der Gesamtschule im Landkreis Khajur im Nordwesten Bangladeschs, hat die Initiative ein Fest organisiert. Frauen, Männer und Kinder aus der gesamten Umgebung kommen zusammen und überwinden gesellschaftliche Schranken, etwa beim „Leiterspiel“ (im Bild). Das bekannte Brettspiel gibt es hier als Friedens-Edition. Beim Würfeln und Felder-Vorrücken lernen die Spielenden und Umstehenden Wissenswertes über gewaltfreie Kommunikation, Antidiskriminierung und Gleichberechtigung. Solche Tage stärken das gesellschaftliche Miteinander und bauen Vorurteile ab. Dies ist essenziell, um Gewaltlosigkeit und Frieden zu fördern. Sodass es gar nicht erst zu neuen Menschenrechtsverletzungen kommt.

Die Geschichte einer Orange

Wie ein Konflikt entsteht, was dahinterliegt und wie er gewaltfrei transformiert werden kann. Ein Beispiel in drei Schritten:

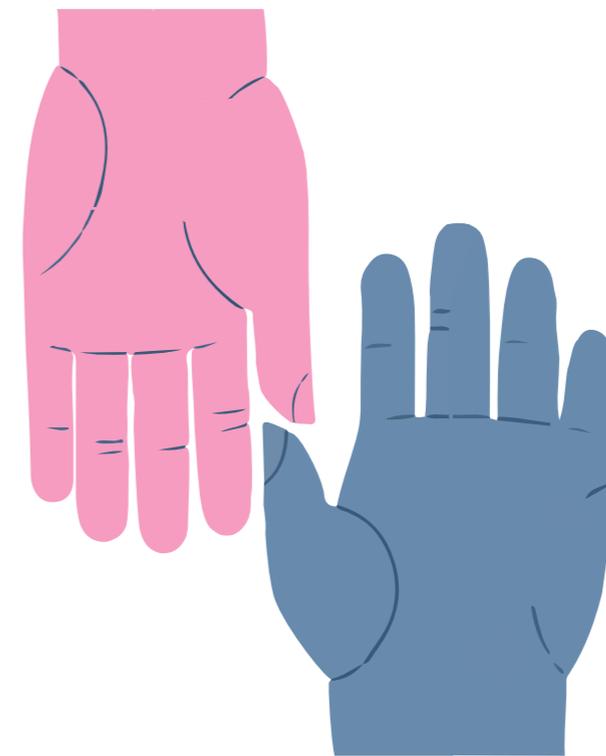


Konzept und Illustration: Danielle Lima • Grafik: Pikisuperstar by Freepik

Beide Personen konnten durch Dialog den Konflikt transformieren, und ihre jeweiligen Bedürfnisse wurden erfüllt.

Was tun die Friedensmacher*innen in Bangladesch?

Friedensmacher*innen suchen Wege, Konflikte gewaltfrei zu transformieren. Sie hinterfragen und verändern durch ihr Engagement Einstellungen, Verhaltensweisen, Interessen und Beziehungen der an einem Konflikt beteiligten Menschen. Man könnte auch sagen: Sie nehmen der Gewalt ihre Grundlage. Dabei können die Fälle sehr unterschiedlich sein. Sie reichen von Gewalt gegen Frauen über Nachbarschaftsstreitigkeiten und Landkonflikte bis zur Diskriminierung von Minderheitengruppen. Die Friedensmacher*innen treffen sich wöchentlich in Gruppen, um Konflikte zu bearbeiten. Und sie vermitteln den Menschen in ihrem Umfeld wichtiges Wissen, das sie sich selbst zuvor in Trainings angeeignet haben: ein gewaltfreier Blick auf Konflikte, gewaltfreie Kommunikation, Probleme analysieren und verstehen. Auch viele Jugendliche sind aktiv: An Bildungseinrichtungen hat die Initiative Schüler*innenforen, Theatergruppen und Selbstverteidigungskurse für Mädchen gestartet.



Und wer sind diese eigentlich?

In der Friedensinitiative engagieren sich Menschen, die inmitten der Lokalgesellschaft verwurzelt sind. Es sind gewöhnliche Bürger*innen dabei, Journalist*innen, Lehrkräfte, Büroangestellte, Hausfrauen. Aber auch von Menschenrechtsverletzungen Betroffene selbst: Indigene, Menschen in Armut, die trotz des täglichen Kampfes, um ihre Grundbedürfnisse zu erfüllen, Zeit aufbringen. Weil sie einen Weg sehen, endlich Probleme anzusprechen, die seit Jahren schwelen. Die Gruppen sind paritätisch besetzt und haben eine feste Quote für Angehörige von Minderheitengruppen. Das Engagement aller ist rein ehrenamtlich. Und es gibt Regeln: keine Parteipolitik und keine Mitarbeiter*innen von NGOs, denn die Friedensinitiative ist eine unabhängige Bewegung. Keine Mikrokredite, denn die Friedensinitiative ist kein Forum für Eigeninteressen. Sie ist eine zivilgesellschaftliche Bewegung, die den Kontakt zwischen Bürger*innen und Behörden verbessert. Und die den Anstoß gibt für einen dauerhaften Prozess innerhalb der Gesellschaft, der den Frieden und die Rechte der Menschen sichern soll.



Aus der Mitte der Gesellschaft

Friedensarbeit als gemeinsamer Weg

Von Sven Wagner (Text und Fotos)

Im Nordwesten Bangladeschs engagieren sich Tausende Menschen in einer Friedensinitiative. Sie wollen Ursachen für Konflikte überwinden. Und helfen Menschen wie Lokkhi, wieder eine Perspektive für das Leben zu entwickeln – ein Leben, das fast gewaltsam geendet wäre.

Die Folie wiegt nur ein paar Gramm, ist so groß wie Briefpapier – und doch kann Lokkhi Naranya (*Name geändert*) sie nur einen ganz kurzen Moment hochhalten. Dann schwinden ihre Kräfte. Zu sehen auf dem schwarz-weißen Dokument ist eine Röntgenaufnahme ihrer Hände und der Grund dafür, dass sie es jetzt ablegen muss: Die Gelenke, das ist deutlich zu erkennen, sind deformiert, die Folge mehrerer Knochenbrüche. Durch Hiebe. Immer wieder, über Jahre hinweg. Besonders in der „letzten Nacht“. So oft und heftig, dass da irgendwann nichts mehr zusammenwachsen konnte.

Der Mann, der das getan hat, war kein Fremder. Es war der Mann, neben dem Lokkhi zwei Jahrzehnte lang fast jeden Tag aufwachte. Ihr Ehemann. Die heute 38-Jährige sitzt in einem türkisfarbenen Plastikstuhl im Hinterhof einer kleinen Siedlung im Dorf Fazilpur. Die Sonne senkt sich langsam, Moskitos schwirren einem um die Beine, nebenan kochen Frauen Reis auf kleinen Lehmöfen. Andere haben sich gesetzt, um zuzuhören. Lokkhi wirkt gefasst und hat von sich aus reden wollen über die „letzte Nacht“ und all das, was davor war. Sie erzählt von einer entbehrungsreichen Kindheit, von Armut in der Familie und dem frühen Tod des Vaters. Davon, wie sie schon sehr früh auf den Feldern Reis pflanzen, schneiden und dreschen musste. Und wie sich die Mutter gezwungen sah, sie mit 13 Jahren zu verheiraten. Nur ein Jahr darauf bekam Lokkhi ihr erstes Kind. „Ich war plötzlich eine Ehefrau und Mutter,

obwohl ich kaum wusste, was ich als solche tun muss“, sagt Lokkhi. „Aber ich habe versucht, die Rolle so gut ich konnte zu erfüllen.“

Dass sie jetzt hier spricht, und dass ihr zugehört wird, ist keine Selbstverständlichkeit. Schon mehrfach hatte sie das Haus der Schwiegerfamilie, in dem sie lebte, verlassen oder wurde von ihrem gewalttätigen Mann rausgeworfen. Kam hierher, wo ihre jüngere Schwester Sonali Murmu und die Mutter in sehr bescheidenen Verhältnissen leben. Und ging doch immer wieder zurück – mit zarter Hoffnung, dass es besser wird. Ohne sich getraut zu haben, weiter über die Situation zu sprechen.

Schwester Sonali ist der Grund, warum diese Geschichte nicht wie mutmaßlich sehr viele andere im Verborgenen bleibt. Die 32-Jährige engagiert sich seit gut anderthalb Jahren in einer Friedensinitiative, einem großen Netzwerk, das sich für die Überwindung von Gewalt in der Gesellschaft einsetzt. Sie und weitere Mitstreiter*innen ihrer Landkreis-Gruppe haben Lokkhi dabei unterstützt, sich zu offenbaren – damit das schwere Unrecht überhaupt aufgearbeitet werden kann. Für Sonali hat das auch eine persönliche Bedeutung: „Lokkhi ist meine große Schwester. Sie ist ein starker Mensch, hat immer hart gearbeitet und zurückgesteckt – damit ich es einmal besser haben sollte und die Schule abschließen konnte.“

Umso schlimmer ist es für sie, zu hören, was die große Schwester durchmachen musste. Was

Lokkhi Naranya hat massive Gewalt durch ihren Ehemann erlitten. Sie kämpft für Gerechtigkeit, aber auch: für ein Leben in Frieden. Ihre Schwester und die Friedensinitiative unterstützen sie dabei.

klings wie aus einem brutalen Film, war echt. In jener „letzten Nacht“, so beschreibt es Lokkhi, musste sie nicht nur Schläge hinnehmen, sondern auch um ihr Leben fürchten. Ihr Mann hat sie mit einem Seil an das Ehebett gefesselt und ein ums andere Mal zugeschlagen. Ihre Schreie waren so laut gewesen, dass der Schwiegervater schließlich von nebenan in das Haus kam, eingriff und sie befreite. Dann flüchtete sie.

Ihre Geschichte ist nur ein Beispiel – wenn auch ein besonders erschreckendes – für ein großes Problem in Bangladesch: Gewalt gegen Frauen, die auch als geschlechtsspezifische Gewalt bezeichnet wird. Dazu kommt es besonders innerhalb von Familien; von häuslicher Gewalt ist dann meist die Rede. Frauen werden nicht als gleichberechtigt angesehen. Sie stehen in der gesellschaftlichen wie familiären Hierarchie unten. Weil sie wirtschaftlich abhängig sind. Weil sie als schwach gelten. Und, wie mancher jetzt sagen würde, weil man das eben schon immer so gemacht hat.

Eine Umfrage aus dem Jahr 2015 im Auftrag der bangladeschischen Regierung bietet die aktuellsten Zahlen. Demnach haben mehr als 72 Prozent der verheirateten Frauen bereits Gewalterfahrungen in der Ehe gemacht (in Deutschland waren es einer Erhebung zufolge seinerzeit 35 Prozent). An erster Stelle standen körperliche und sexuelle Gewalt, danach folgte Kontrollverhalten, etwa das Verbot, das Haus zu verlassen. Nichtregierungsorganisationen warnen indes, dass die Gewalt infolge der Coronapandemie von 2020 an sogar noch gestiegen sei. Auf einer Karte, die damals in der Regierungsstudie veröffentlicht wurde, ist eine Region dunkelrot eingefärbt: Rajshahi, jene, in der Lokkhi lebt. Dort ist die Gewalt demnach besonders hoch.

Macht man sich auf die Reise dorthin, um mehr zu erfahren über Fälle, Ursachen und Folgen auch dieser schlimmen Formen von Menschenrechtsverletzungen, zeigt sich ein vielfältiges Bild. Opfer berichten von Gewalt durch Ehepartner*innen, aber auch Schwiegerfamilien. Lokalpolitiker*innen nennen häusliche Gewalt neben Landkonflikten und der Diskriminierung indigener Gemein-

schaften immer wieder eines der drängendsten Probleme. Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen berichten von ihrem Kampf dagegen, aber auch von oftmals prekären, von Armut, fehlender Bildung und gesellschaftlicher Exklusion geprägten Familienverhältnissen. Und Lehrkräfte erklären, warum Kinderehen die Gewalt besonders befeuern. Es wird deutlich: Diese Gewalt gegen Frauen ist massiv, und sie hat strukturelle Ursachen.

Wenn Sonali Murmu ihrer Schwester Lokkhi zuhört und an deren Leiden denkt, erkennt man deutlich die Wut in ihrem Gesicht. Und man könnte meinen, sie müsse dem Schwager doch eigentlich all das heimzahlen wollen, was er seiner Frau angetan hat. Aber: Bei der Friedensinitiative geht es nicht um Vergeltung und Sühne. Die insgesamt 22 Landkreis-Gruppen, zu denen sich Frauen, Männer und junge Erwachsene seit Mitte 2022 zusammengeschlossen haben, möchten Wunden heilen und Gerechtigkeit schaffen – ohne, dass neue Gewalt entsteht.

Im Zentrum der Arbeit steht nicht die rein juristische Aufarbeitung von Unrecht. Dafür sind Justiz und Behörden zuständig. Es geht vielmehr darum, der Gesellschaft die Dynamik von Diskriminierung klarzumachen, damit sich strukturell etwas ändert. Denn viele solcher Fälle entstehen überhaupt erst, weil gesellschaftliche Systeme sie ermöglichen – durch patriarchalische Prägung, unklare Rechtslagen, Korruption oder die Macht wohlhabender Einflussgruppen. Dabei bietet die Friedensinitiative Opfern eine Anlaufstelle. Und sie bringt Menschen, die an Konflikten beteiligt sind, zusammen, um jene gemeinsam zu bearbeiten. Entsprechend befasst sich die Friedensinitiative mit ganz unterschiedlichen Themen: Familien verheiraten ihre minderjährigen Töchter, Männer trinken übermäßig Alkohol und werden gewalttätig, Menschen werden gewaltsam von ihrem Land vertrieben, Dorfbewohner*innen fordern seit Jahren den Bau einer Straße, bedürftigen Menschen werden zu Unrecht Sozialleistungen verwehrt.

Sind diese Anliegen auch noch so verschieden, haben sie doch einen großen gemeinsamen Nenn-

ner: Die Betroffenen sind die am meisten gefährdeten Gruppen in Bangladesch: Frauen, Landlose, indigene Gruppen, Menschen in extremer Armut. Rechte werden ihnen direkt oder indirekt verwehrt. Sie leiden unter den Folgen und das führt zu Unfrieden, Gewalt und dauerhaften Konflikten innerhalb der Gesellschaft.

Es gibt viele Berichte zur Menschenrechtslage in Bangladesch von Nichtregierungsorganisationen oder internationalen Gremien wie der UN. Sie alle beschreiben generell und abstrakt, was man vor Ort in den Dörfern findet. Transparency International sagt: 2022 mussten mehr als 70 Prozent der Haushalte Schmiergeld zahlen, um Verwaltungsleistungen zu erhalten. Reisepassämter, Strafverfolgungs-, und Verkehrsbehörden am meisten. Die Menschenrechtsorganisation Aino-Salish Kendra spricht von fast 1000 Frauen, die vergewaltigt und 80 die wegen Mitgiftproblemen getötet wurden. Die Dunkelziffer ist erfahrungsgemäß noch sehr viel höher. Das Frauenministerium selbst sagt, täglich rufen hunderte Mädchen die staatliche Hotline für Opfer sexueller Belästigung an.

Besonders betroffen sind auch indigene Gemeinschaften. Diese leiden vor allem unter fehlendem Zugang zu Land und Ressourcen und wenig kultureller Selbstbestimmung. Weil ihnen Staat und Gesellschaft keinen Raum geben. Jüngsten Zeitungsberichten zufolge werden in Bangladesch 1,3 Millionen Hektar staatseigenen Landes von machtvollen Gruppen besetzt und genutzt. Land, das eigentlich den Landlosen vorbehalten ist. Das ist fast ein Zehntel der gesamten Staatsfläche. Und: Laut Zensus 2022 leben in Bangladesch 1,65 Millionen Menschen aus „ethnischen Gemeinschaften“, wie der Staat die indigene Bevölkerung nennt. Expert*innen sagen, dass diese offizielle Zahl absichtlich zu niedrig angesetzt ist, nach der Logik: Je weniger es sind, desto weniger Beachtung muss ihnen zukommen. Vertreter*innen indigener Plattformen sprechen hingegen von mehr als fünf Millionen Menschen, die 54 indigenen Gemeinschaften wie Santal oder Oraon angehören und mindestens 35 Sprachen sprechen. Auch hier macht sich die Friedensinitiative stark. Sie unter-

stützt Familien, klärt sie über ihre Rechte auf und findet Wege, damit die Betroffenen zu ihren Rechten kommen (siehe Seite 28).

Lokkhi, die aufgrund der schweren Misshandlungen durch ihren Ehemann laut ärztlichem Bericht wohl nie wieder körperlich arbeiten kann, gehört ebenfalls einer indigenen Gemeinschaft an. Sie ist als Frau also gleich in mehrfacher Hinsicht benachteiligt. Wie aber kann ihr die Friedensinitiative mit ihrem Ansatz der gewaltfreien Konflikttransformation konkret helfen?

Ihr Ehemann wurde unmittelbar nach den jüngsten Taten festgenommen, er kam zwischenzeitlich auf Kautionsfrei. Womöglich spricht ein Gericht ihn in den nächsten Monaten schuldig. Ein Urteil löst jedoch nicht automatisch Lokkhis Probleme. Sie selbst braucht eine Perspektive für ihr eigenes Lebensumfeld. Sie lebt gezwungenermaßen hier bei ihrer Schwester, ihr jahrelanger



Friedensmacherin (und Lokkhis Schwester) Sonali Murmu zusammen mit der Mutter im Hinterhof ihrer Siedlung.



Verfallener Schrein im Dorf Fazilpur. Obwohl viele Hindus und indigene Familien hier leben, bekommen sie oft wenig Raum, sich religiös-kulturell zu entfalten.

Lebensmittelpunkt ist dahin. Die Schwiegerfamilie hatte sich nach der Festnahme gegen Lokkhi verbündet. Die Schwägerin stichelte immer wieder, holte zuletzt sogar den gemeinsamen Sohn von Lokkhi und ihrem Mann zur Schwiegerfamilie und verbot den Kontakt.

Die hiesige Landkreis-Gruppe der Friedensinitiative vermittelt nun. Sie hat Kontakt mit der Schwiegerfamilie aufgenommen, an sie appelliert und Lokkhis Perspektive verdeutlicht. Mitglieder suchen auch den Kontakt zu und sprechen mit anderen Menschen aus dem Umfeld der Schwiegerfamilie, die wiederum Einfluss auf diese nehmen könnten. Drei Botschaften werden so vermittelt. Erstens: Lokkhi wurde über viele Jahre hinweg Gewalt angetan, und das sollte anerkannt werden. Zweitens: Ihr Ehemann hat Unrecht getan und sollte dazu stehen. Doch auch, drittens: Er und seine Familie sollen nicht nur als Übertäter gebrandmarkt werden. Der Blick auf ihre Bedürfnisse und Interessen ist ebenso wichtig, um eine tragfähige Lösung zu finden.

Es geht bei dieser Art der Konfliktbearbeitung darum, hinter die Fassade aus Schweigen, Ablehnung oder Aggression zu schauen. Im Fall von Lokkhis Ehemann: Er habe sie gar nicht heiraten

wollen, sei von seinen Eltern gezwungen worden. Das habe er ihr immer wieder gesagt. Er sei frustriert von dem perspektivlosen Leben als landwirtschaftlicher Tagelöhner. All das entschuldigt zwar nicht sein Handeln. Aber es lässt zumindest erahnen, warum er immer mehr trank und immer gewalttätiger wurde.

Einen ersten offiziellen Vermittlungsversuch zwischen den Familien gab es bereits, im Beisein von Verwaltungsbeamten: eine Einigungsvertrag auf eine Trennung mit der Auflage, dass der Mann Lokkhi und dem gemeinsamen Sohn Unterstützung zahlt. Damit könnte der schwelende Konflikt überwunden werden. Die Schwiegerfamilie hat den Unterhaltsvorschlag zwar zunächst als zu hoch abgewiesen. Doch es wird einen weiteren Versuch geben. Die Friedensinitiative bereitet das Ganze vor und bleibt mit der Schwiegerfamilie in Kontakt. Der Termin für das nächste Treffen ist bereits anberaumt.

Bis dahin unterstützt die Friedensinitiative Lokkhi zusätzlich, ganz praktisch. Man hat ihr geholfen, eine Anerkennung auf Schwerbeschädigung zu beantragen, wodurch ihr eine kleine monatliche Rente zusteht. Über zwei weitere staatliche Förderprogramme, in die die Gruppe sie vermittelt hat, soll sie nun ein kleines Haus im Dorf ihrer Schwester zum Wohnen erhalten und eine Kuh, mit der sie den Lebensunterhalt ein Stück weit sichern kann.

Und noch etwas hat die Friedensinitiative in diesem Fall bereits bewirkt: Das Einzelschicksal von Lokkhi ist ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt. Und es wird allmählich verstanden, dass man hinterfragen muss, warum in Fällen häuslicher Gewalt den Frauen eine Mitschuld gegeben wird. Warum man sie immer noch als „Nestbeschmutzerinnen“ sieht, die „Probleme“ innerhalb der als unantastbar geltenden Familie nach außen tragen.

Anstatt einmal genauer hinzuschauen, und so die wahre Geschichte zu erkennen.

„Doch, Ihr könnt etwas verändern!“

Über die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft

Akramul Haque (58) ist Geschäftsführer der Nichtregierungsorganisation DASCOH, die mit ihrer Arbeit Zehntausende Menschen erreicht. Im Interview spricht er über Chancen und Herausforderungen der Friedensinitiative und die große Bedeutung von gegenseitigem Verständnis.

Bangladesch entwickelt sich: Autobahnen, Kraftwerke und riesige Wohnsiedlungen in Städten werden gebaut. Braucht es da überhaupt noch das Engagement von NGOs?

Es tut sich viel, besonders was die Infrastruktur und Versorgung angeht. Bei Entwicklung denken wir meist an etwas Fortschrittliches. Aber es gib auch negative Entwicklungen. Und wie sollen die thematisiert werden? Es braucht jemanden, der Probleme benennt und die Politik aufmerksam macht. Ein Beispiel ist der zunehmende Fundamentalismus. Es gibt Aktivisten, die mit einem sehr konservativen, rückwärtsgewandten Glaubensverständnis die Gesellschaft beeinflussen. So werden Konflikte, gar ein feindschaftliches Religionsverhältnis geschürt. Wirtschaftliche Entwicklung ist das eine, aber zu Entwicklung zählen auch soziale Werte, die es zu stärken gilt.

Und das soll die Aufgabe von NGOs sein?

In Schulen, an denen unsere Friedensinitiative aktiv ist, sitzen Schüler*innen aller gesellschaftlichen Gruppen zusammen und befassen sich mit der Frage, wie ein gerechtes Miteinander gelingen kann. Darunter sind viele Kinder indigener Gemeinschaften, die zumeist unterhalb der Armutsgrenze leben und gesellschaftlich ausgegrenzt sind: Die Familien haben kein eigenes Land, vergleichsweise wenige Einkommensquellen, kaum Bildungschancen und vor allem keine Fürsprecher*innen innerhalb der Gesellschaft.

Wie lässt sich das ändern?

Wir versuchen, die Leute gezielt zu unterstützen, ihre Selbstsicherheit zu stärken und sagen: Doch, ihr könnt etwas verändern! Die Menschen sind Bürger*innen dieses Staates, sie haben Rechte.



Foto: Sven Wagner

Akramul Haque

Dass wir sie unterstützen, ist eine prinzipielle Frage von Menschenrechten und Gerechtigkeit. Und entsprechend gilt es beispielsweise zu hinterfragen, warum eine Frau für die gleiche Arbeit auf einem Reisfeld nur 300, ein Mann aber 500 Taka am Tag verdient. Warum gibt es diesen Unterschied? Mancher sagt, das ist doch das System, das war schon immer so. Wir sagen: Nein, es ist Unrecht, das überwunden werden muss. Und wenn die Leute das schaffen, indem sie gemeinsam auftreten, ihre Rechte durchsetzen und von der Gesellschaft wahrgenommen werden, inspiriert das immer auch andere.

Oft wird behauptet, Menschenrechte seien nur eine konstruierte, westliche Idee.

Ein Lokalpolitiker hat mir stets davon erzählt, wie alle Menschen in seiner Region gleich behandelt würden, und dass es keine Diskriminierung gebe. Später berichtete er stolz, dass er ein Projekt gestartet habe, um die indigenen Gemeinschaften mit Trinkwasser zu versorgen. Da habe ich ihn gefragt: Warum eigentlich? Wenn erst jetzt Brunnen für diese Leute gebaut werden, heißt das doch, dass sie vorher nicht zu ihrem Recht auf Wasser gekommen sind, so wie die anderen Bewohner*innen. Obwohl das Recht auf Wasser in unseren Gesetzen festgeschrieben ist. Und: Ist das also eine westliche Idee? Wenn wir über Menschenrechte sprechen, geht es auch um Wasser, Ernährung, Bildung. Menschen in Armut mangelt es daran. Sie können ihr Recht darauf nicht wahrnehmen. Was soll daran konstruiert sein?

Die Menschenrechtsarbeit stärkt den Zusammenhalt. Warum ist das wichtig – und wie wichtig ist die Zivilgesellschaft selbst?

Jede Gesellschaft hat bestimmte formelle wie informelle Strukturen, nach denen sie funktioniert. Eine Regierung kann zwar Regeln aufstellen und Gesetze erlassen, aber damit nicht unbedingt automatisch althergebrachte gesellschaftliche Muster ändern. Das kann nur die Gesellschaft selbst, Wandel zum Positiven muss aus ihr heraus erfolgen. Viele Strukturen sind problematisch: Tagelöhner*innen haben ihren gesellschaftlichen Stand derart verinnerlicht, dass sie es für unmöglich halten, einmal unter besseren Umständen zu leben. Währenddessen sieht sich die lokale Politik mitunter als Wohltäterin, wenn sie Ärmeren etwas abgibt. Dass die Vergabe von Sozialleistungen als Gefallen verstanden wird, ist sehr problematisch. Solche Leistungen sind ein Recht, das ist vielen gar nicht klar. Diese Geisteshaltung muss sich ändern, darüber braucht es eine gesamtgesellschaftliche Diskussion – und dafür braucht es die Zivilgesellschaft. Sie gibt wichtige Anstöße, sie kann alle gesellschaftlichen Gruppen einbeziehen – damit niemand außen vor bleibt.

Ein wesentlicher Teil der Friedensinitiative ist der Demokratische Dialog. Warum?

Es ist immer wieder die Rede von der sogenannten guten Regierungsführung, die von der Politik eingefordert wird. Im Grunde geht es dabei schlicht um den Austausch zwischen Politik und Bürger*innen – und genau den macht der Demokratische Dialog in einem strukturierten Rahmen möglich. Zu diesen Treffen werden Vertreter*innen von Politik, Polizei, verschiedenen Religionsgruppen und Behörden eingeladen. Dort treffen sie auf Mitglieder der Friedensinitiative, Vertreter*innen indigener Gruppen und arme Menschen. Alle werden an einen Tisch geholt, um Probleme zu lösen. Dort sprechen die Bürger*innen drängende Themen und Herausforderungen an: Die Vielzahl von Kinderehen, Fälle häuslicher Gewalt, Land- und Ressourcenkonflikte. Dadurch kommen nach und nach viele weitere Themen auf. Jemand sagte mal bei einem Treffen nach längerer Diskussion: Wir verlaufen uns gerade in Details. Doch genau darum geht es: Austausch zu allem, was die Menschen betrifft. So kamen in der Runde Rentenzahlungen über das Sozialsicherungsnetz zur Sprache, die mehrere Witwen der Region nicht rechtmäßig erhalten hatten. Ihre Stimmen wurden gehört, das Problem konnte dann auch gelöst werden.

Gibt es auch Hindernisse dabei?

Manchmal geben sich Politiker*innen sehr engagiert, weil es ihnen vor allem darum geht, bei den nächsten Wahlen viele Stimmen einzusammeln. Davon abgesehen können wir durch Gespräche auch nicht alle Probleme lösen: Wenn ein Gemeinderatsvorsitzender 50.000 Menschen zu versorgen hat, aber von der Regierung nur Geld für deutlich weniger Leute zur Verfügung gestellt bekommt, dann ist das ein Problem. Man kann es dem Amtsträger in dem Fall nicht vorwerfen, dass er nicht jeden berücksichtigt. Seine Ressourcen sind einfach begrenzt. In dem Fall kann der Demokratische Dialog aber gegenseitiges Verständnis schaffen – indem die Betroffenen erkennen, woran es liegt, dass sie vielleicht keine Leistungen bekommen haben.



Kreativ: Auf einer Karte haben Koordinator*innen der Friedensinitiative teilnehmende Institutionen der Region verzeichnet.

Foto: Sven Wagner

Gibt es Beispiele, die Sie bereits erlebt haben?

Bei einigen Sozialsicherungsleistungen gibt es Richtlinien, die man kennen muss: Unterstützung für Schwangere wird erst ab dem Alter von 20 Jahren gezahlt. Denn es soll kein Anreiz geschaffen werden, Frauen und Mädchen vor dem gesetzlichen Mindestalter zu verheiraten. Eine 17-Jährige kam zu uns, wütend, weil sie keine Leistungen erhielt. Sie wusste allerdings nichts von den Rahmenbedingungen. Auch eine ältere Frau, 70 Jahre, beschwerte sich über den Gemeinderatsvorsitzenden, weil sie keine Witwenrente bekam. Wie sich herausstellte, war in ihrem Ausweis ein Alter von 50 Jahren angegeben – weswegen sie offiziell nicht infrage kam. Sie selbst konnte ihren Ausweis nicht lesen. Und als er damals ausgestellt wurde, hatten Beamt*innen einfach ein Alter geschätzt, das ihr gar nicht entsprach. So entstehen Missverständnisse, die es aufzuklären gilt. Durch Austausch lassen sich

solche Probleme lösen, und es kommt nicht zu Konflikten.

Die Friedensinitiative spricht auch Jüngere an, es werden Foren an Schulen gegründet und Selbstverteidigungskurse für Mädchen angeboten. Warum steht diese Gruppe im Fokus?

Wir wollen langfristige positive Veränderungen in der Gesellschaft erreichen. Und die Heranwachsenden sind die Macher*innen von morgen, die sogenannten Change-Maker. Wenn es gelingt, eine verantwortungsbewusste Generation auszubilden, die mit einem besseren Verständnis für die sozialen Probleme aufwächst, ist Veränderung möglich. Bildung ist ein Schlüssel: Durch die Armutsbekämpfung hat sich die Lebenssituation vieler Menschen verbessert, deren Kinder gehen jetzt – anders als einst die Elterngeneration – zur Schule. Sie eignen sich dort Wissen an und können das an ihre Eltern,

Großeltern und das Umfeld weitergeben. Der Effekt ist groß, auch wenn es dauert. Denn gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich nicht von heute auf morgen. Dabei gab es auch durchaus Bedenken: Wir haben die Selbstverteidigungskurse zunächst an vier Schulen angeboten und wussten nicht, wie das Echo ausfallen wird. Werden sich Eltern oder Religionsvorsteher aus der Nachbarschaft beschweren, wenn Mädchen, die eigentlich eine sehr passive und untergeordnete Rolle in der Familie haben, plötzlich draußen im Karatemantel Übungen machen? Es zeigte sich aber, dass Menschen im Umfeld, andere Lehrer und Eltern die Idee sehr begrüßten.

Auch Theatergruppen werden an Schulen gegründet. Warum?

Nur auf der Schulbank sitzen und lernen ist ja auch langweilig. Durch diese Form der Kulturarbeit können sich Kinder ausleben und noch viel mehr Spaß im schulischen Umfeld haben. Sie verinnerlichen dadurch auch die Inhalte der Friedensinitiative, geben das an Mitschüler*innen und das Umfeld weiter – etwa, indem sie öffentlich bei Gemeindeveranstaltungen auftreten oder bei Schulfesten. Das Ganze hat einen weiteren Effekt: Diese Form des Theaterspielens war früher im ganzen Land bekannt. Jugendliche haben sich in ihrer Freizeit getroffen und aufgeführt. Heute gibt es dieses sogenannte Yatra-Theater, bei dem Laienschauspieler*innen durch die Dörfer ziehen, nur noch sehr selten und zu ausgewählten Festen. Wir beleben mit den Theatergruppen also auch diese Kultur wieder.

Sie sprechen großen Veränderungen, die Zeit brauchen. Aber Projekte sind immer zeitlich und finanziell begrenzt.

Wir versuchen, die Ideen an möglichst viele Leute weiterzugeben. Oft fragen Schuldirektor*innen, ob sie nicht auch beim Projekt mitmachen können. Dann sage ich: Übernimmt selbst die Initiative, diskutiert im Unterricht darüber. Leider haben wir nur begrenzte Budgets, mit denen wir arbeiten. Aber die Idee dahinter – Frieden fördern, Konfliktransformation, Gewaltfreiheit – ist viel weitreichender.

Was ist Ihr Wunsch für die Zukunft?

Die Barind-Region, in der wir leben, sollte mehr wahrgenommen werden. Beim Thema Indigene denkt jeder zuerst an die Chittagong Hill Tracts im Südosten des Landes. Dort lebt gut eine Million Menschen indigener Gruppen. Hier bei uns sind es zwei Millionen. Und es wird kaum über deren Rechte und Bedürfnisse gesprochen. In Bangladesch gibt es alle zehn Jahre einen Zensus, bei dem Zahlen zur Bevölkerung erhoben werden: Informationen zum Geschlechterverhältnis, Religionszugehörigkeiten oder Wohnformen. Es kommt vor, dass etwa Menschen der indigenen Gemeinschaft der Santal als Christen gezählt werden. Wodurch sich ihre offizielle Zahl deutlich schmälert. In einem Dorf sind es dann vielleicht nur 120 statt 2000. In der Folge werden sie immer weniger wahrgenommen – wie sollen sie also ihre Rechte durchsetzen?

Spielt auch der Klimawandel eine Rolle?

Konflikte nehmen aufgrund des Klimawandels zu, denn es gibt immer weniger fruchtbares Land und Trinkwasser. Hier ist eine Dürreregion. Für viele Kleinbauernfamilien war Reis lange das wichtigste Gut. Er bringt Arbeit auf den Feldern, man isst ihn täglich. Nun ändern sich durch den Klimawandel Anbaumuster, Großgrundbesitzerfamilien nutzen Land vermehrt für Mangopflanzungen. Da aber wird nur einmal im Jahr geerntet. Es werden weniger Arbeitskräfte gebraucht, Menschen verlieren ihre Jobs. Und: Wir sprechen immer über die Stärkung und Selbstbestimmung von Frauen. Doch die Situation jetzt zwingt sie, wieder zu Hause zu bleiben. Sie werden wieder wirtschaftlich abhängig vom Ehemann. Wie soll das in zehn Jahren aussehen? Der Klimawandel ist ein großes Risiko und hat jetzt schon solche Effekte. Wenn das so weitergeht, dann könnte die Barind-Region noch viel stärker getroffen werden als die ebenfalls sehr gefährdete Küstenregion im Süden Bangladeschs.

Freude am Miteinander



1



2



3

Aktiver Einsatz für den Frieden Friedensmacher*innen treffen sich wöchentlich in der Gruppe, um Konflikte zu bearbeiten (1). Sie diskutieren zu den Motiven und Bedürfnissen der Streitenden, um Wege zu finden, die Konflikte gewaltfrei zu transformieren. Dazu machen sie mit der Methode des Actor-Mapping (2) auch Bekannte im Umfeld der Streitparteien aus – damit diese das Gespräch zwischen beiden Parteien befördern. Besonders wichtig ist auch der Demokratische Dialog (3). Regelmäßig treffen sich die Friedensmacher*innen mit Vertreter*innen von Behörden, Gemeinderäten oder der Polizei, um auf Probleme hinzuweisen und Lösungsansätze einzubringen.



Menschen zusammenbringen Die Friedensinitiative organisiert regelmäßig Sport-, Schul- und Gemeindefeste, zu denen alle Menschen der Region eingeladen sind. Die Veranstaltungen transportieren eine wichtige Botschaft – sie zeigen, wie wertvoll und wichtig Frieden sowie ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander sind. Und wie viel Freude das machen kann. Verschiedene Religionsgruppen, Bürger*innen und auch Behördenvertreter*innen kommen zusammen bei Spiel und Spaß (4). Die Heranwachsenden nehmen an Sport- und Malwettbewerben (5, 6) sowie Gedichtlesungen teil. Und sie stehen besonders im Fokus: Im Rahmen der Friedensinitiative habe sich an Schulen Theatergruppen (4) gegründet und es werden Selbstverteidigungskurse für Mädchen (8) angeboten. In Schüler*innenforen (9) haben die Mädchen und Jungen nun zusätzlich eine Plattform, über Gewalt in ihrem Umfeld zu sprechen und darüber, wie man diese überwinden kann. Hilfreich sind dafür Friedens-Bibliotheken (10), die die Initiative an den Schulen eingerichtet hat – mit spezieller jugendgerechter Literatur zu den Themen Frieden und Gewaltfreiheit.

Friedensmacher*innen erzählen

Pradip Pahan (32) aus Rosolpur

Landwirtschaftlicher Arbeiter

Meine Familie und ich, wir sind Adivasis, gehören also einer indigenen Gemeinschaft an. Unsere Vorfahren kamen einst aus Indien hierher. Ich selbst wurde hier geboren. Wir sind längst Bürger*innen Bangladeschs, haben einen Ausweis. Doch viele Leute akzeptieren uns noch immer nicht. Obwohl wir die gleichen Rechte wie sie haben – etwa auf Bildung und Gesundheitsversorgung –, werden uns diese nicht zugestanden. Unsere Siedlung entstand einst, indem wir im Wald Bäume geschlagen und dort kleine Häuser errichtet haben. Das hat die Regierung bis jetzt nicht anerkannt.

Ich arbeite als Tagelöhner auf den Feldern und manchmal auch in einer Ziegelbrennerei. Wenn wir in ein öffentliches Krankenhaus gehen, behandeln uns Leute anders. Im doppelten Wortsinn: Wir bekommen mitunter kein Bett angeboten, müssen auf dem Flur warten. Das Personal hört nicht richtig zu, wenn wir Beschwerden vortragen. Die Menschen sehen uns an, dass wir Indigene sind.

Unsere Sprache verschwindet allmählich. Wir haben kaum Gelegenheit, sie öffentlich zu gebrauchen. Sprechen Adivasis miteinander in ihrer eigenen Sprache, kommen von Dorfleuten oft böse Blicke, als wollten sie sagen: „Ihr seid in Bangladesch, sprecht Bengalisch!“. Meine Muttersprache ist Nagri. In der Schule wird kein Nagri gelehrt, weil die Lehrerschaft es nicht kennt.

Wir haben eine eigene Festtags-Tradition und spielen gern Musik. Das gefällt einigen muslimisch-bengalischen Familien nicht. Manchmal sind Nachbar*innen deshalb verärgert. Aber: Seit 2022 bin ich in der Friedensinitiative und habe muslimische Freund*innen gewonnen. Man redet nun über solche Dinge: Sie erklärten mir, dass es zu ihren Gebetszeiten wichtig ist, Ruhe zu haben. Und wir achten bei unseren Feiern besser darauf. Das ist eine Frage des Respekts – nicht der Rivalität. Wir hatten zuvor kaum Kontakt zu Muslim*innen. Durch die Friedensinitiative haben wir viel voneinander gelernt. Sie bietet uns eine Plattform. Dort fühle ich mich stark – es ist kollektive Stärke. Und das kann



helfen: Wir haben viele Probleme in unserer Nachbarschaft. Vor allem fehlt uns eigenes Land, auch häusliche Gewalt gibt es. Manche indigenen Männer trinken Alkohol, weil sie arm und frustriert sind. Doch sie steigern ihren Frust dadurch nur – und lassen alles an ihren Frauen aus. Ich wusste nie, wie ich damit umgehen soll. In der Friedensarbeit habe ich gelernt, andere Leute einzubeziehen, um solche Fälle zu thematisieren und die Dinge zu ändern.

Und: Ich weiß jetzt, dass ich ein Mensch bin. Das mag komisch klingen – aber ich habe verstanden, dass ich gleichberechtigt bin, wie alle anderen. Wo man uns doch ein Leben lang das Gegenteil eingeredet hat. Nämlich, dass wir Indigenen schlechter sind.

Mahfuja Akter (27) aus Mohadevpur

Polizistin, verheiratet

Wir Frauen arbeiten auf der Polizeistation in der Regel am Schreibtisch. Grundsätzlich bearbeiten wir alle Fälle, die mit Frauen zu tun haben – Opfer wie Täterin. Wenn Betroffene zu uns kommen, um etwas anzuzeigen, sind wir die ersten Ansprechpartnerinnen. Wir treffen also auch auf jene, die Gewalterfahrungen gemacht haben und Hilfe suchen.

Mein Vorgesetzter regte an, dass ich an einem Training der Friedensinitiative hier in der Region teilnehme. Mir war zunächst nicht klar, was da auf mich zukommt – Frieden ist ein großes Wort. Als ich dann vor Ort war, wurde deutlich, worum es geht: Ich sollte etwas lernen über Konflikttransformation und gewaltfreies Handeln und Kommunizieren.

Unser Vorgesetzter hatte mehrere Beamt*innen zu dem Training geschickt. Er sieht die Initiative als Pionierprojekt, von dem wir als Polizei lernen können. Denn wir haben täglich mit vielen Problemen zu tun, Gewalt gegen Kinder und Frauen etwa. Im Training haben wir viele Dinge gelernt, die wir dann ganz praktisch anwenden können. Zum Beispiel: Egal wie stressig ein Tag ist, versuche ich nun trotzdem immer wieder die Perspektive der Betroffenen einzunehmen und mit Empathie und Respekt mit ihnen zu reden. Ich handle jetzt fürsorglicher und schenke den Menschen mehr Zeit und Aufmerksamkeit.

Beinahe noch wichtiger als das Gelernte ist die Tatsache, dass wir überhaupt in Verbindung mit den Friedensmacher*innen sind. Dieser Austausch ist für beide Seiten hilfreich. Wir haben Telefonnummern ausgetauscht, ich bekomme öfters Anrufe von den Leuten, die um Rat fragen, wenn sie einen neuen Fall haben. Oder sie schicken uns weiteres Infomaterial zum Thema Gewaltfreiheit, das wir dann nachlesen können. Das mit Abstand größte Problem in der Region ist häusliche Gewalt. Frauen erleben schreckliche Dinge. Ab und zu kommen sie selbst zur Polizeiwache. Meist aber erreichen uns Notrufe. Dabei geht es manchmal um Beziehungsstreitigkeiten junger Paare. Doch oft kommt es auch zu harter körperlicher Gewalt gegen Ehefrauen, Töchter oder Schwiegertöchter. Psychische oder wirtschaftliche Formen der Gewaltaus-

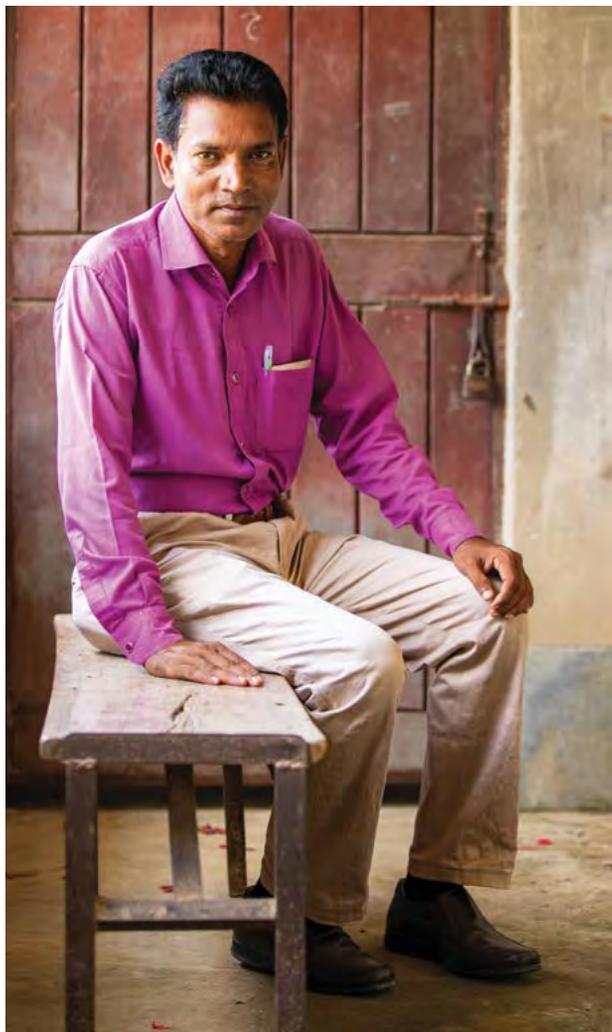


übung werden selten angezeigt. Ich bin nun seit acht Jahren im Dienst, diesen Juni habe ich meinen bisher schlimmsten Fall erlebt: Eine Frau wurde tot aufgefunden, sie war an Händen und Füßen gefesselt, der Hals stranguliert. Vor Ort haben wir festgestellt, dass es sich nicht um eine Frau, sondern ein 13 Jahre altes Mädchen handelt. Unsere Ermittlungen haben ergeben, dass ihre Mutter eine außereheliche Affäre mit einem Mann hatte. Das Mädchen bat sie, die Beziehung zu beenden – um ihrer Familie Willen. Als der Liebhaber das mitbekam, hat er das Mädchen einfach umgebracht. Sie war in der sechsten Klasse.

Unser Vorgesetzter schildert es immer wieder deutlich: Frauen werden prinzipiell diskriminiert, weil sie als Untergebene gesehen werden. Dass sie oft schlechter ausgebildet sind und weniger Schulbildung als Männer haben, trägt wesentlich dazu bei. Genau wie die Tatsache, dass viele Mädchen noch im Kindesalter verheiratet werden. Armut ist bei allem ein wesentlicher, treibender Faktor. Und so wissen viele gar nichts über die Rechte von Frauen. Durch Gruppen wie die Friedensinitiative können die Menschen lernen, was recht ist und was nicht. Sie werden motiviert, etwas zu verändern und sie erfahren Wertschätzung, weil sich jemand ihrer annimmt. Davon profitiert die gesamte Gesellschaft. Auch wir als Polizei – denn wo es weniger Gewalt gibt, gibt es auch weniger Straftaten, denen wir nachgehen müssen.

Azadul Islam Azad (40) aus Mohadevpur

Journalist, verheiratet, zwei Kinder



Ich bin Journalist und habe schnell davon erfahren, als sich hier bei uns eine Friedensinitiative gegründet hat. Dass diese dem Prinzip der Gewaltlosigkeit folgt, fand ich sehr interessant. Im Oktober 2022 wurde ich Mitglied, inzwischen stehe ich unserer Landkreis-Gruppe vor.

Ich schreibe für die nationalen Tageszeitungen „Daily Ittefaq“ und „Jugantor“ sowie für Lokalzeitungen hier in der Region. Und ich beobachte, dass Unruhe, Instabilität und Misstrauen in unserer Gesellschaft zunehmen. Ich möchte etwas dazu beitragen, dies abzubauen und auch ein Zeichen setzen gegen Gewalt in verschiedensten Formen, die man immer wieder beobachten kann. Deshalb engagiere ich mich.

Bei den Treffen der Gruppe werden Konflikte in der Region thematisiert. Diese können recht unterschiedlich sein. In zwei konkreten Fällen haben wir uns bereits aktiv eingeschaltet, einer davon konnte erfolgreich gelöst werden: Eine Frau hat ihren Ehemann verloren und sollte nach dessen Tod, wie es die Rechtslage vorschreibt, den gemeinsamen Hausstand erben. Die Schwiegerfamilie wollte das jedoch verhindern und den Besitz selbst behalten. Die Frau wäre mittellos geworden. Unsere Gruppe hat sich mit der Familie zusammengesetzt und darüber gesprochen. Die Friedensmacher*innen haben zur Rechtslage aufgeklärt und darüberhinaus verdeutlicht, welche fatale Konsequenzen deren Handeln für die Frau haben würde. Die Schwiegerfamilie hat das eingesehen und sich bereiterklärt, ihr den Hausstand nicht streitig zu machen. Es war am Ende eine Einigung in beiderseitigem Einvernehmen.

Mitunter bin ich auch bei Dialogrunden mit lokalen Behörden zugegen und schaue in den Schulen vorbei, wenn dort Aktionen stattfinden. Gerade war ich an der Khajur-Gesamtschule und habe mir das von der Initiative initiierte Sportfest mit Theateraufführung und einer Baumpflanzaktion angesehen. Viele Menschen aus der Umgebung waren dort und haben dadurch auch etwas über den Ansatz der Gewaltlosigkeit erfahren.

Über Fälle, von denen ich bei Gruppentreffen erfahre, berichte ich auch in der Zeitung und den Online-Ausgaben. Das Engagement hat Eindruck nicht nur bei den Leser*innen, sondern auch bei mir selbst hinterlassen. Früher habe ich Berichte über andere Menschen manchmal „von oben herab“ formuliert. Nun aber schaue ich bei solchen Themen noch genauer hin und schreibe mit mehr Empathie. Ich habe bereits viele Fälle von Gewalt beobachtet und immer gedacht: direkt und schnell zur Polizei und zu Gericht. Doch manchmal helfen mehr Zeit und Gespräche dabei, ein Problem genauer zu verstehen und es zielgerichtet lösen zu können. Vor allem im Lokalen: Konflikte können durch genaues Hinschauen und besonnenes Handeln überwunden werden, ohne gleich zu Gericht zu gehen. Denn das kostet nicht nur Geld – allein die Androhung kann Konflikte sogar noch deutlich verstärken und Wut schüren.

Mosaddek Al Jamil und Dipa Rani Mondal (beide 14) aus Khajur und Debipur

Schüler, Schülerin und Mitglieder der Schultheatergruppe

Wir haben schon in der Grundschule bei Theateraufführungen mitgewirkt, schreiben selbst Stücke und mögen das Spielen sehr. Als wir bei einer Schulversammlung hörten, dass im Rahmen einer Friedensinitiative eine Theatergruppe gegründet wird, waren wir sofort dabei. Lernen macht Spaß, aber genauso wichtig sind außerschulische Aktivitäten, um seinen Horizont zu erweitern. Unsere Stücke thematisieren Alltagskonflikte in der Gesellschaft hier auf dem Land – kleine und große Probleme, die entstehen, wenn Menschen zusammenleben. Wir verfolgen einen innovativen Ansatz: Am Ende eines Stücks wollen wir den Zuschauer*innen eine Perspektive geben, ihnen also zeigen, wie man solchen Konflikten begegnen kann. Das Theater soll anregen, nicht nur Bespaßung sein.

Um Stoffe zu entwickeln, schauen wir uns in unserem unmittelbaren Umfeld um. Ein Beispiel: die Diskriminierung älterer Menschen. In vielen Dörfern lässt sich beobachten, dass diese mehr und mehr ausgeschlossen sind vom gesellschaftlichen Leben. Obwohl vor allem dort die Familie immer das Herzstück war und Älteren der größte Respekt gebührte. Nun aber kümmern sich die erwachsenen Kinder oft nicht mehr genug um ihre Eltern, weil sie angeblich zu wenig Zeit haben. So werden die Senior*innen ihres Rechts auf Teilhabe beraubt. Bei religiösen oder familiären Festen und Zusammenkünften bleiben sie außen vor. Doch gerade die Älteren brauchen Unterhaltung.

In unserem Stück sagen wir: Egal, wie alt die Menschen sind, sie sind Teil der Familie. Ihr müsst euch um sie kümmern. Nicht nur körperliche, auch mentale Fürsorge ist wichtig – nämlich gegen Vereinsamung. Als ihr klein wart, haben sich die Eltern selbstverständlich um euch gekümmert. Nun solltet auch ihr das tun. Es ist eure Verantwortung.

Als wir zum ersten Mal mit der neuen Theatergruppe auf der Bühne standen, waren wir sehr aufgeregt. Doch jeder Auftritt und jedes Training machen uns selbstsicherer. Das überträgt sich auf das Leben selbst und hilft uns persönlich: Wir sind nun viel besser in der Lage, unsere Meinung auszudrücken und sie gegenüber

anderen zu vertreten. Wir sind durchsetzungsstärker geworden und können eigene Wünsche und Ziele besser formulieren. Die Gemeinde- und Landkreisverwaltung hat uns inzwischen eingeladen, bei ihren Veranstaltungen aufzutreten. Wir haben bereits bei anderen von der Initiative organisierten Festen gespielt. Wir werden wahrgenommen. Und unsere Eltern sind stolz auf uns. Das Theater stärkt auch den Zusammenhalt in der Schule: Einige Kinder haben vorher kaum Interesse daran gezeigt, nun machen sie mit und haben großen Spaß.

Später mal professionell beim Theater zu arbeiten, ist unser Traum. Ob er sich erfüllen wird, können wir nicht sagen. Unsere Lehrer*innen schenken uns zwar viel Zeit für dieses Engagement. Aber es gibt hier noch so einige gesellschaftliche Vorbehalte gegen solch eine künstlerische und legere Art, durchs Leben zu gehen.

Trotzdem wollen wir mit unserem Schultheater weiter wachsen und unsere Themen darstellen. Ein wichtiges ist die Konflikttransformation. Warum? Egal welche Konflikte es gibt, die Gemeinschaft versucht immer gleich, Lösungen zu finden. Dabei wird etwas Wichtiges vergessen: Bei Konflikten geht es oft auch um Emotionen. Beide Parteien brauchen erst einmal einen guten Draht zueinander, bevor an eine Lösung überhaupt zu denken ist. Wenn man einen Konflikt mit jemandem hat, sollte man zumindest in der Lage sein, aufeinander zuzugehen und miteinander zu reden.



Faruk Ahmed (50) aus Badalgachi

Leiter der staatlichen Landkreis-Behörde für Frauenangelegenheiten, verheiratet, zwei Töchter



Gewaltlosigkeit hat eine große Bedeutung, ich schätze sie als Prinzip. Konflikttransformation hingegen war etwas Neues für mich. Ich habe darüber beim Training der Friedensinitiative und bei gemeinsamen Dialogrunden gelernt und versuche seitdem, sie im Alltag anzuwenden.

In Bangladesch gibt es Sozialleistungen, auch explizit für Frauen: Witwenrente, Schwangerengeld, Bedürftigenzahlungen. Nicht immer erhalten Frauen, die das bei der Lokalverwaltung beantragen, ihr Geld. Dann kommen sie zu uns als übergeordnete Behörde und bitten um Unterstützung. Dass Leistungen nicht diejenigen erreichen, die ein Anrecht haben, kommt vor und ist ein strukturelles Problem. Unsere Behörde versucht, solchen Fällen nachzugehen. Aber nicht immer ist das möglich, wenn Geld vor Ort interessengeleitet verteilt wird. Das ist also eine von vielen Herausforderungen, die ich im Rahmen meiner Arbeit beobachte – wobei Gewalt gegen Frauen und Kinderehen ganz oben stehen. Jeden Monat gibt es Fälle.

Das wiederum liegt vor allem an diskriminierenden gesellschaftlichen Normen. Es gibt Mitgift-Traditionen, wodurch Familien mitunter hohe Beiträge – Geld oder Wertgegenstände – geben müssen, um ihre Töchter verheiraten zu können. Sprich: Sie geben einen Beitrag, damit die andere Familie die junge Frau aufnimmt und künftig für sie Sorge trägt. Dabei ist die andere Familie keineswegs immer tatsächlich darauf angewiesen. Das wird mithin sogar zur Prestigefrage: Mein Bekannter bekam zu seiner Hochzeit eine hohe Mitgift, so sollte auch ich möglichst viel fordern.

Es ist komplex. Wird ein Mädchen verheiratet, sprechen die Eltern oft von Sicherheit. Unter dem Schutz eines Ehemanns sei es vor Übergriffen gefeit. Eltern verheiraten ihre Töchter sehr jung, weil sie denken, das sei der beste Weg. Welche Extremformen das annehmen kann, habe ich vor ein paar Jahren erlebt: Wir erfuhren, dass ein Mädchen verheiratet werden soll. Es war erst acht Jahre alt – ein Grundschulkind. Also machte ich mich mit Polizeibeamt*innen und dem Landrat auf zu dem Dorf. Das Mädchen stand da im Brautkleid. Ihr Zukünftiger kam mit seiner Familie in einem Hochzeitsauto angefahren – alles war vorbereitet. Daraufhin haben wir das Ganze gestoppt.

Wir waren geschockt angesichts der verstörenden Szene. Die Familie des Mädchens musste eine Verpflichtungserklärung unterzeichnen, es nicht vor dem gesetzlich festgeschriebenen Alter von 18 Jahren zu verheiraten. Es stellte sich heraus, dass die Familie überhaupt keine Ahnung hatte, welches Unrecht der Tochter angetan wurde. Der Vater war sehr arm, er wusste weder vom gesetzlichen Mindestalter, noch um die psychischen und physischen Folgen, wenn eine Achtjährige zur Ehefrau gemacht wird. Der Bräutigam war selbst noch minderjährig. Aber er hatte Arbeit als Hilfskraft in der Textilindustrie in der Hauptstadt Dhaka. Die Familie des Mädchens dachte, sie müsse künftig keine Not mehr leiden.

Das Engagement der Friedensmacher*innen ist hilfreich, besonders die Dialogtreffen und der Ansatz der Konflikttransformation. Einmal hat die Initiative ein Treffen mit einem Mann organisiert, der nach einer Gewalttat im Gefängnis saß. Im Gespräch erfuhren wir mehr zu den Ursachen seiner Tat. Es gab dann auch eine Unterhaltung mit der Opferfamilie. So wurde es möglich, das Umfeld des Konflikts – wenn er auch noch nicht juristisch abgeschlossen ist – zu befrieden.

Dieser Ansatz ist wichtig für die Gesellschaft. Zwar ist es unabdingbar, dass geltendes Recht durchgesetzt wird. Aber es braucht Wege, um Probleme und die menschliche Dimension dahinter zu verstehen. Vor allem bei häuslicher Gewalt. Wir brauchen beides: Schutz und Vorkehrung. Die Friedensinitiative ist da vorbildhaft. Denn unsere Behörde bekommt nicht alle Fälle mit, vieles wird nicht öffentlich.

Mosammat Ummay Kulsum (46) aus Dargapara

Lehrerin

Konflikttransformation hat im Grunde mit all unseren Lebensbereichen zu tun. Ich mache deswegen gerne bei der Friedensinitiative mit. Ich hatte mich schon vorher damit beschäftigt. Nun habe ich noch vieles mehr lernen können. Transformation bedeutet Wandel. Das Leben ist ständig im Wandel. Und wir Menschen sollten bestrebt sein, diesen positiv zu gestalten. Wir sollten uns selbst und dadurch die Gesellschaft positiv wandeln. Und dazu gehört auch der Umgang mit Konflikten, die es immer gibt – egal, ob in der Familie, in der Schule, im gesellschaftlichen Miteinander.

Die Arbeit der Initiative ist ehrenwert. Hier an unserer Schule stehen Kinder im Fokus – die junge Generation, die einmal die Geschicke der Region lenken soll. Und da Konflikte Teil unseres Lebens sind, ist es wichtig, dass man bereits von der Kindheit an lernt, wie man mit ihnen umgehen kann. Durch den Ansatz der Konflikttransformation bekommen die Schüler*innen Werkzeuge dafür mit.

Wie sich Konfliktlagen zuspitzen können, kenne ich aus meiner Nachbarschaft. Dort haben vor Monaten eine sehr junge muslimische Frau und ein Hindu geheiratet. Heimlich. Sie setzten sich in eine nahegelegene Stadt ab. Die Eltern des Mädchens waren gegen die Beziehung, haben das Paar ausfindig gemacht und Anzeige erstattet. Der Mann sitzt nun im Gefängnis, die Frau kam zunächst in eine Besserungsanstalt für Heranwachsende. Dort zeigte sich, dass sie schwanger ist. Daraufhin hat die eigene Familie sie wieder aufgenommen. Doch die Spannung ist enorm. Wie es nun weitergehen soll, weiß niemand. Die Eltern fühlen sich beschämt. Ihre Tochter ist durch die Heirat zu einer Hindu-Frau geworden. Die Eltern lehnen das ab. Es ist eine maximal belastende Situation für alle Beteiligten – und selbstverständlich für das ungeborene Kind.

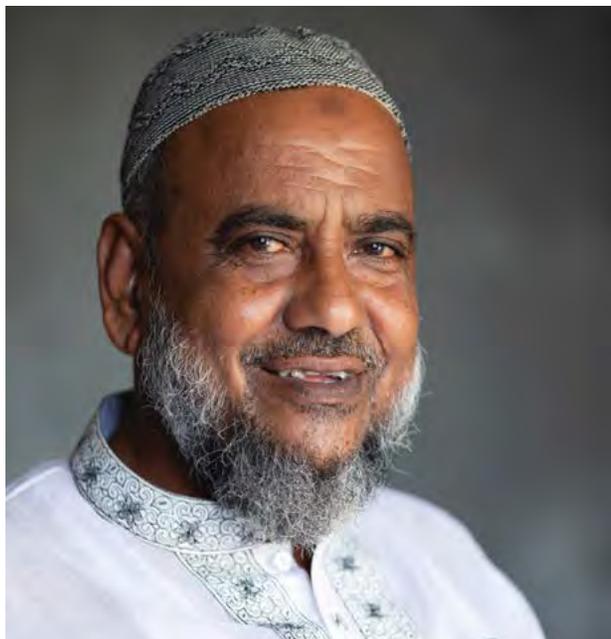
In den Trainings der Friedensinitiative haben wir viel über Diskriminierung gelernt und über Wege, diese zu überwinden. Und wir haben ein Bekenntnis abgelegt: Wir wollen, so gut es geht, zusammenarbeiten für eine gerechte Gesellschaft. Das ist wichtig, denn jeder kann – bewusst oder unbewusst – Diskriminierung begüns-



tigen. Ich als Lehrerin etwa habe eine verantwortungsvolle Position, ich bin für die Kinder der sechsten bis zehnten Klassen verantwortlich. Das fängt im Kleinsten an: Kinder aus indigenen Gemeinschaften sitzen im Unterricht oft hinten und bekommen wenig mit – auch weil andere sie nicht vor lassen und nicht neben ihnen sitzen wollen. Ich sage dann: Jeder darf mal vorne sitzen, wechselt euch bitte ab.

Gegenseitige Abgrenzung findet nicht bewusst statt. Man bekommt sowas mitgegeben, weil die Älteren es so gelernt haben und weitergeben. Manchmal kommen Schulkinder im Rahmen einer Veranstaltung zu uns nach Hause. Dann biete ich ihnen Kekse und Tee an. Manche Schüler*innen aus Hindu-Familien sagen aber: Ich soll nichts von muslimischen Familien annehmen – das hat meine Oma schon immer gesagt.

Dieses Denken können wir überwinden, indem wir Dinge gemeinsam tun, Spaß dabei haben und Diskriminierung immer wieder thematisieren: Im Rahmen der Friedensinitiative haben wir Debattierunden, Aufsatzwettbewerbe, Gedichtvorträge und vieles mehr organisiert, bei dem wir uns mit Missständen auseinandersetzen. Schüler*innen motivieren sich gegenseitig, neue Freundschaften entstehen. Die Verbindung von Pädagog*in und Kind verbessert sich auch, denn wir werden mit einbezogen, machen beim Sportfest und bei Spielen mit. So verbringen wir mehr Zeit gemeinsam, und das Miteinander wird gestärkt.



Anwar Hossain (60) aus Chakrail

Gemeinderatsvorsitzender,
verheiratet, zwei Kinder und ein Enkelkind

Man hat mich zum Gründungstreffen der Friedensinitiative hier vor Ort eingeladen. Dort wurde erklärt, was die Gruppe möchte: Das gesellschaftliche Miteinander stärken, Konflikte aufspüren und gewaltfrei transformieren. Und ich dachte: Ja, das ist sinnvoll. Also war ich auch im Anschluss immer wieder bei Dialogtreffen dabei. Bei diesen kommen Friedensmacher*innen mit den Gemeindeautoritäten wie religiösen Vorsteher*innen, Lehrkräften, Behörden und mir als Gemeinderatsvorsitzendem zusammen. Es ist ein Forum, in dem wir uns austauschen zu Problemen, Erfolgen und der generellen Entwicklung der Region.

Der Ansatz der Gewaltfreiheit ist wichtig, weil er universell ist. Ich versuche das auch weiterzugeben, etwa bei Schiedsgerichten im Dorf, den sogenannten Shalishs, denen ich oft beiwohne. Auch da geht es um Konflikte, und ein transformativer Ansatz kann helfen. Streit um Landnutzung ist ein großes Problem hier. Dieser artet oft in Gewalt und körperliche Auseinandersetzungen aus. Es kann aber auch banal sein: Die Kuh des einen grast auf der Weide eines anderen. Das bringt Streit, und der will beigelegt werden. Wo setzt man an? Die Initiative hat uns konkrete Methoden gezeigt, eine davon ist das Kartieren: Wir notieren, wer direkt an dem Konflikt beteiligt ist, welche Personen und Grup-

pen indirekt involviert sind und wer den Streitparteien nahesteht. So können wir Gespräche führen und auf die Streitenden eingehen. Wenn wir dadurch im Vertrauen vermitteln können, ist schon viel erreicht.

Menschen sind oft auf sich selbst bedacht, auf ihren eigenen Vorteil. Wenn etwa Besitz unter mehreren Erben geteilt werden muss, gibt es für jeden weniger. Schließt man aber etwa den Jüngsten aus, bekommt man mehr. Dieses Denken ist leider stark ausgeprägt. Hinzu kommt, dass die Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft ungleich sind. Wer Macht hat, bekommt mehr Ressourcen, mehr Anerkennung, mehr Kraft vor dem Gesetz. Korruption und Vetternwirtschaft sind da nicht weit.

Die Bedürftigkeit in der Gegend hat sich zwar insgesamt geschwächt. Noch etwa ein Drittel der Familien kann keine vollwertigen drei Mahlzeiten am Tag zu sich nehmen, früher waren es deutlich mehr. Doch heute sind die Herausforderungen andere: Geringverdienende wie Rikschafahrer können ihre Kinder inzwischen in die Schule schicken, sie haben aber kaum Geld für Unterrichtsmaterial. Das ist die neue Dynamik der Armut. Der Frieden in den Dorfgemeinschaften wird auch durch die sexuelle Belästigung jugendlicher Mädchen sowie Scheidungsfälle herausgefordert. In einem Fall hat ein junges Pärchen eine Beziehung geführt und ohne das Einverständnis der Familien geheiratet. Als die Eltern des Jungen davon erfuhren, setzten sie das Mädchen einfach vor die Tür. Sie haben über ihr Schicksal entschieden, ohne dass sie eine Absicherung hatte. So entstehen Familienfehden. Außerdem kommt es etwa vier- bis fünfmal im Monat vor, dass Heranwachsende vor dem gesetzlichen Mindestalter verheiratet werden. Die Zahl nimmt glücklicherweise ab, weil die Regierung dem Thema den Kampf angesagt hat und auch die Friedensmacher*innen sich sehr engagieren.

Diese sind Menschen, die hier wohnen, Bürger*innen dieses Landes, die ihrer Region etwas Gutes tun wollen. Selbstverständlich gibt es auch staatliche Programme, Regeln und Maßnahmen dafür – Recht und Gesetz also. Das weiß ich als verantwortlicher Politiker am besten. Aber die Initiative leistet darüberhinaus Beziehungsarbeit. Sie fördert gegenseitigen Respekt, Verständnis und Harmonie in der Gesellschaft.

Nadira Akter (14) aus Dhakra

Schülerin, aktiv im Selbstverteidigungskurs

Leute von der Friedensinitiative kamen an unsere Schule, sie haben mit dem Direktor und meinem Lehrer über ihre Arbeit gesprochen. Dabei erklärten sie, dass es Selbstverteidigungskurse geben soll. Weil Mädchen häufig belästigt werden und sich selten wehren können. Das wissen ich und meine Freundinnen am besten. Unser Lehrer fragte dann, wer mitmachen möchte. Ich hatte sofort Lust, habe aber zuerst meine Eltern um Erlaubnis gebeten. Sie wollten wissen, was ich denn da machen würde. Ich sagte, ich kann lernen, mich selbst zu behaupten. Das fanden sie gut.

Warum ich das machen wollte? Es kommt oft vor, dass Jungs uns ärgern oder auch richtig schlimm mobben. Das ist meist sehr anzüglich und passiert sogar auf offener Straße. Sie rufen uns schweinische Wörter hinterher, spucken vor uns auf den Weg. Nicht alle Jungs sind schlecht, aber besonders in der Gruppe verhalten sich manche sehr böse. Und es sind oft ältere aus anderen Gegenden, die so etwas machen. Ich habe eine Zeit lang einen Nachhilfekurs in einem anderen Dorf besucht, musste jeden Tag vier Kilometer dorthin laufen. Man mag gar nicht glauben, wie oft und regelmäßig ich da solche Beleidigungen gehört habe. Worte, die ich gar nicht selbst wiedergeben will.

So etwas schüchtert einen ein. Allein habe ich mich nie getraut, auch mal Widerworte zu geben. Wenn ich mit Freundinnen unterwegs war und wir den Jungen gesagt haben: Hörst auf!, hat sie das nur noch mehr angestachelt. Aber es ist doch ganz natürlich, dass man sich wehren will, wenn man von jemandem gemein behandelt wird. Das Selbstverteidigungstraining war also genau das Richtige.

In Bangladesch macht es einen Unterschied, ob du ein Junge oder ein Mädchen bist. Jungs können kommen und gehen, wann und wohin sie wollen. Als Mädchen hier auf dem Land war es mir nicht mal erlaubt, raus zum Marktplatz zu gehen, um Medikamente zu holen, als meine Mutter krank war. Die Eltern sagen, sie hätten Angst um uns. Angst, dass etwas passiert, weil wir wehrlos sind. Das sei der Grund. Aber das

stimmt so nicht. In der Familie, in der Schule und eigentlich überall, wo Dinge entschieden werden, hört niemand auf uns. Das ist frustrierend. Und das wirkt sich auf unser späteres Leben aus: Männer setzen sich immer durch, sie haben mehr Kraft und mehr Macht. Im Haushalt können Frauen heutzutage zwar Entscheidungen treffen, aber darüber hinaus kaum.

Vor dem Selbstverteidigungskurs hatte ich noch nie ein solches körperliches Training gemacht. Aber es fühlte sich gut an. Ich habe mich gleich stark gefühlt. Es geht aber keineswegs nur um Kraft. Denn vor dem Training haben wir zunächst gelernt, was das Ganze eigentlich soll: Wir wollen niemanden angreifen und niemandem schaden. Es geht ums Reagieren. Wir wollen nur in der Lage sein, uns wehren zu können. Und es ist vor allem wichtig für unser Selbstwertgefühl, es stärkt unser Selbstbewusstsein.

Was ich lerne, gebe ich weiter. Ich habe jetzt gut ein Dutzend Mädchen an meiner Schule angeleitet und auch einige Kinder in meiner Nachbarschaft. Die Leute hier wissen jetzt genau, was ich mache, wenn ich meinen weißen Trainingsanzug trage und aus dem Haus gehe. Sie sind – genau wie meine Eltern – stolz, dass jemand von hier so etwas Besonderes macht. Und: Auch meine sieben Jahre alte Schwester lernt von mir. Wir machen Übungen, eher zum Spaß. Aber sie versteht dadurch bereits, wie wichtig es ist, sich durchzusetzen im Leben – ganz besonders als Mädchen.



Gemeinsam Gewalt überwinden

Landkonflikte als große Herausforderung

Von Sven Wagner

Der Kampf um Ressourcen im Angesicht der Klimakrise und von Profitinteressen beschäftigt die Friedensinitiative oft. Denn Gewalt ist im Spiel und ein langer Atem nötig, um den Frieden zu sichern. Aber: Es kann funktionieren, auch mit durchaus kreativen Methoden.



Eines der größten Konfliktfelder, von dem man immer wieder besonders im Nordwesten Bangladeschs hört, ist die Nutzung von Land. Viele Menschen besitzen weder eigenen Wohnraum noch landwirtschaftliche Flächen. Ein Vorbericht zum Landwirtschafts-Zensus 2019 zeigte, dass ein Viertel der Haushalte in ländlichen Regionen kein eigenes Land hat – das sind hochgerechnet mehr als 17 Millionen Menschen, also fast ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Bangladeschs. Die Menschen leben nur geduldet in Siedlungen an Dorfrändern, Flussufern oder Bahnschienen. Paradoxaerweise arbeitet jedoch ein Großteil von ihnen auf jenen Feldern wohlhabender Großgrundbesitzer und trägt so zur Versorgung der Nation bei.

Wenn von Landkonflikten die Rede ist, geht es aber nicht nur um Wohnraum, sondern auch um den Zugang zu Ressourcen, die in öffentlicher Hand sind oder bereits über Generationen hinweg als gesellschaftliches Gemeingut genutzt werden. Denn vielen Menschen ist auch der Zugang zu Wasser in Gestalt von Teichen und Bächen oder zu Wäldern verwehrt. So sind Land und Ressourcen besonders ungerecht verteilt: wenige Menschen besitzen viel, viele Menschen besitzen wenig bis nichts. Dabei ist die Land-, Wasser- und Waldnutzung elementar für die Existenz, die Versorgung und die Lebensweise der Menschen im am dichtesten besiedelten Flächenland der Erde. Wer Land besitzt, hat Platz zum Leben, kann Reis und Gemüse anbauen und Vieh halten – Landwirtschaft ist im nicht-urbanen Raum Bangladeschs nach wie vor die wichtigste Lebensgrundlage. Zugang zu Wasser bedeutet: sich und seine Kleidung waschen, Felder bewässern und Tiere tränken zu können. Und selbstverständlich auch, Trinkwasser zur Verfügung zu haben. Raum und Ressourcen sind auch in kultureller Hinsicht essenziell: Menschen brauchen beides für religiöse Aktivitäten, Feste, Gottesdienste.

Je mehr sich Bangladesch wirtschaftlich und infrastrukturell entwickelt, und je weiter die Bevöl-

kerung wächst, desto knapper werden die Ressourcen – insbesondere die schiere Fläche an verfügbarem Land. Die Folgen des Klimawandels verstärken das, indem durch Flusserosion Uferland wegbricht; kultivierbare Flächen werden durch Dürren und Überflutungen zeitweise unbrauchbar. Und wo im ländlichen Raum Unternehmen, Großgrundbesitzer*innen, Mittelsstandsfamilien und Durchschnittsverdienende bereits um die Ressourcen „kämpfen“, geraten andere aus dem Fokus: landlose Familien, Menschen in extremer Armut und indigene Gemeinschaften. Es sind jene, die in der Gesellschaft am wenigsten Geld, Fürsprecher*innen und Einfluss haben.

Eigentlich soll jeder Zugang zu Land haben. Es gibt staatseigenes sogenanntes Khash-Land, das Menschen, die keins zum Leben haben, zur Verfügung gestellt werden sollte. In der Praxis gelingt das selten. Khash-Land ist umkämpft, politisch einflussreiche Interessengruppen versuchen, sich daran zu bereichern. Dass andere dringend darauf angewiesen sind, wird ignoriert. Aber auch bei bestehenden Siedlungsverhältnissen kommt es häufig zu Auseinandersetzungen, nicht selten ist Gewalt im Spiel. Die Lage ist sehr komplex und kompliziert: Konflikte reichen teils weit in die Geschichte zurück, als Bangladesch noch Teil des britischen Kolonialreichs und später Pakistans war. Es geht um fehlende Dokumente, die Landbesitz belegen, um Flucht und Vertreibung während des Unabhängigkeitskampfes. Es geht aber genauso um Familien, die ihr Land seit Generationen genutzt haben und irgendwann von Schlägertrupps vertrieben wurden. Und um einflussreiche Leute, die plötzlich einfach Bäume pflanzen und Zäune errichten, um so Fakten zu schaffen.

Reist man durch die Region und hört Betroffenen zu, bekommt man den Eindruck, dass es vielerorts unter der Oberfläche brodelt. Ein nicht immer offensichtlicher Kampf mit sehr ungleichen Bedingungen: auf der einen Seite wohlhabende einflussreiche Leute, die Geld verdienen wollen.

Dorfbewohner bringen eine gehbeeinträchtigte Frau per Trage über einen schmalen Pfad durchs Reisfeld. Sie fordern einen besseren Zugang zur Hauptstraße. Die Behörden haben noch nicht reagiert.

Auf der anderen Seite besitzlose Arme, deren kleine Existenzgrundlage ihnen oftmals über Nacht genommen wird. Menschen, denen es scheinbar kaum möglich ist, sich zu wehren. Und in der Mitte eine Verwaltung, die zur Lösung von Konflikten beitragen will, es aber oft nicht kann. Weil sie nichts über konkrete Fälle weiß, selbst zu schwach ist oder andere Sorgen hat.

Besuch in Mohadevpur, einem Landkreis im Nordwesten. Gut 85 Prozent der Menschen arbeiten hier in der Landwirtschaft, wie überall in Bangladesch ist die große Mehrheit der Menschen muslimisch, aber es gibt vergleichsweise viele indigene Gemeinschaften und Hindus – so wie Chetuna Rani und Sorup Mondal, beide Anfang 30. Rani ist verheiratet, Hausfrau und hat eine Tochter, Mondal arbeitet im öffentlichen Dienst der Lokalverwaltung. Seit Ende 2022 engagieren sich beide ehrenamtlich in der Friedensinitiative, die sich der gewaltfreien Transformation von Konflikten verschrieben hat. Wöchentlich trifft sich ihre Landkreis-Gruppe, zu Beginn haben die beiden Trainings erhalten, um Methoden der Konfliktbearbeitung zu lernen. „Ja, es gibt hier Diskriminierung“, sagen Rani und Mondal. „Es gibt Konflikte – vor allem wegen Land.“ Einen von vielen Fällen, der das große Problem der Landkonflikte beispielhaft zeigt, bearbeiten sie gerade.

Die Geschichte geht so: Eine indigene Gemeinschaft lebte seit mehreren Generationen auf einem Hektar von ihren Vorfahren geerbten Landes, auf dem sie Wohnhäuser besaßen und Feldfrüchte anbauten. Vor gut fünf Jahren tauchten dort Fremde auf und behaupteten, das Land gehöre ihnen. Sie zwangen die Indigenen gewaltsam, das Grundstück zu räumen. Diese hatten keine Dokumente, um zu belegen, dass es tatsächlich ihr Land war, und mussten unter dem Druck gehen. 2020 gab es in der Region eine Erhebung des Landwirtschaftsamts. Dabei hat sich herausgestellt, dass das Land den Indigenen tatsächlich gehört, es wurde eine Urkunde noch aus Zeiten vor der Unabhängigkeit gefunden. Ein Lokalgericht gab ihnen Recht. Doch als sie zurückkehren wollten, verweigerten die Landbesetzer den Zugang und reichten ihrerseits Klage ein. Begründung: Die gefundene

Urkunde sei fingiert gewesen. Daraufhin kamen die Indigenen wiederum mit traditionellen Waffen, Pfeil und Bogen. Es kam zum Kampf, mehrere Menschen wurden verletzt.

Es ist ein treffendes Beispiel dafür, woran die Friedensinitiative arbeitet: Abseits der Schuldfrage und einer juristischen Klärung des Konflikts sind beide Parteien zu Feinden geworden, die sich misstrauen und einander ablehnen. Das Gericht hat zwar eine Entscheidung getroffen, doch diese hat den Konflikt nicht beendet. Beide Gruppen haben gegensätzliche Interessen und rücken nicht davon ab. Die entscheidende Frage ist nun: Wie kann man diesen Konflikt transformieren, ohne dass es weitere Gewalt gibt?

Daran arbeiten Rani und Mondal: Sie schauen sich zuerst an, welche Personen genau beteiligt sind. Sie sammeln Informationen zu den Leuten, um herauszubekommen, welche Absichten sie haben: Woher und warum kamen die Landbesetzer? Was könnten sie mit dem Land vorhaben? Könnte jemand sie zu der Aktion angestachelt haben? Und die indigene Gemeinschaft: Warum hatte diese nie eine Landbesitzurkunde? Was würde die Landnahme für sie bedeuten? Und warum schrecken sie nicht davor zurück, Waffen einzusetzen?

Danach suchen die Friedensmacher*innen den Kontakt zu beiden Streitparteien. Ihre Landkreis-Gruppe organisiert Treffen, um deren Sichtweisen und Wünsche zu erfahren – und später beide an einen Tisch zu bekommen. Dort werden Vereinbarungen getroffen, die beide Parteien akzeptieren. Im Vordergrund stehen das Ende der Gewalt und die Frage, wie die unterschiedlichen Bedürfnisse weitestgehend miteinander vereint werden können. Es geht viel um Reden und den Dialog. Friede und Harmonie sind Worte, die oft fallen, wenn Rani und Mondal sprechen.

„Es ist ein zermürbender Konflikt“, sagt Rani, die noch am Anfang des Falls steht. Erst vor einigen Monaten hat ihn jemand in der Landkreis-Gruppe eingebracht. „Beide Parteien vertrauen einander nicht und respektieren sich nicht“, sagt sie. Das sei keine Grundlage für ein Zusammenleben.

Es gibt zahlreiche ähnliche Fälle, die Friedensmacher*innen aus dem Nordwesten Bangladeschs schildern. Fälle, die zeigen, dass ein sehr langer Atem nötig ist. Und dass Gewaltlosigkeit nicht einfach ein dahergeredeter Begriff, sondern wesentlich ist, auch im Kampf gegen Armut. Aber vor allem: Es gibt Fälle, die gelöst wurden und Hoffnung machen – siehe Badalgachi.

Der dortige Gemeinderatsvorsitzende Anowar Hossain, 60, grau-weißer Bart und freundliches Gesicht, empfängt in seinem Haus und holt zu einem längeren Monolog aus: „Zuletzt gab es wieder einen Landkonflikt bei uns. Neun indigene Familien leben in einer Siedlung fernab der Hauptstraße. Der einzige Verbindungsweg von ihren Häusern dorthin war ein schmaler Pfad, kaum einen Fuß breit. In der Regenzeit war er nicht nutzbar. Aber: Kinder mussten regelmäßig dort entlang auf dem Weg zur Schule. Kranke mussten dort entlang auf dem Weg ins Hospital. Schon seit Jahren ging das so – ich habe das allerdings schlicht nicht gewusst. Die Leute wollten den Pfad verbreitern, sodass zumindest eine Transport-Rikscha darüberfahren kann. Die Eigentümer*innen des angrenzenden Landes weigerten sich lange, sie ignorierten die Anfragen einfach. Schließlich haben wir uns zusammengesetzt, uns ausgetauscht und ihnen klargemacht, wie wichtig die Straße für die Familien ist. Was ist etwa, wenn eine schwangere Frau plötzlich ins Krankenhaus muss? Sollen die Leute dann einen Holzbalken schultern und sie in einem drangehängten Tragetuch schleppen, wie das bisher der Fall war? Nein. Der Weg wurde schließlich gebaut – im guten Einvernehmen mit den Landbesitzer*innen. Darüberhinaus haben wir im Gemeinderat durch die Aktion überhaupt erst festgestellt, dass diese Familien auch ein Anrecht auf staatliche Sozialleistungen haben, weil sie bedürftig sind. Sie waren bisher aber in keiner offiziellen Liste verzeichnet. Also haben wir auch das noch umgesetzt.“

Eine andere Landkreis-Gruppe in Mathurapur, ein paar Dutzend Kilometer weiter, kommt an einem Samstagnachmittag in einem Klassenzimmer der örtlichen Sekundarschule zusammen. Für die Treffen stellt Schuldirektor Mamunur Ras-

hid gern Räume zur Verfügung. Die Gruppe sitzt seit einer halben Stunde über einer selbstgezeichneten Karte: Es geht um Landstreitigkeiten, man notiert die Namen der Konfliktparteien, deren enge Bezugspersonen und „einflussreiche Leute“. Wer ist bereit, mit wem zu sprechen? Wer lehnt den Kontakt ab? Wer in der Nachbarschaft könnte vermitteln? So soll ein Ansatz gefunden werden, um ins Gespräch zu kommen und den Konflikt, der viele Menschen betrifft, öffentlich zu thematisieren.

Die Gruppe hat erst kürzlich einen größeren Landstreit beenden können – wenn auch anders als gedacht. Das Gelände der örtlichen Schule wird wegen der großen Freifläche auch als Platz für den Viehmarkt genutzt. Montags und freitags kommen hier allwöchentlich hunderte Menschen zusammen, um Rinder, Ziegen und Schafe zu handeln, wie es in Bangladesch üblich ist. Am nächsten Morgen sah der Vorplatz der Schule jeweils entsprechend übel aus: Schlammmassen, Dreck und Müll waren zurückgeblieben. Die Schüler*innen konnten die Fläche nicht nutzen, auf der sie eigentlich ihre Pausen verbringen, Sport machen und spielen. Noch schwerwiegender war, dass an Montagen enorm viel Trubel rund um die Schule herrschte, es viel Verkehr gab und Eltern um die Sicherheit ihrer Kinder fürchteten.

Man saß lange zusammen, erklären die Mitglieder der Friedensinitiative. Sie selbst, das Schulkomitee und der Marktvorstand. Die Lösung schließlich: Die Marktbetreiber*innen haben sich verpflichtet, nach ihren Veranstaltungen sauberzumachen und den Platz herzurichten. Und die Schule hat sich entschieden, den Unterricht von Montag auf Samstag zu verlegen. So haben die Schulkinder nun an jenem Markttag frei und Eltern müssen sich nicht mehr um deren Sicherheit sorgen. Ein ungewöhnlicher, kreativer Weg. Aber ein Weg, der funktioniert – denn die Bedürfnisse beide Konfliktparteien werden bestmöglich berücksichtigt.

Sweety Digha schaut nach einer Weile von der Karte auf und beginnt zu erzählen. Die Anfangs-20-Jährige beschreibt einen weiteren Konflikt,



Foto: Sven Wagner

Friedensmacher*innen bei einem Treffen in Mathurapur. Sie bearbeiten einen Konflikt mit der Methode des Actor-Mappings. Damit werden zunächst die Beteiligten ermittelt.

ähnlich wie in Mohadevpur: Mehrere indigene Familien leben auf einem Stück Land, das sie seit Generationen an ihre Nachkommen vererben. Die Dokumente dazu waren seit Kolonialzeiten bei einer Großgrundbesitzerfamilie hinterlegt, da es seinerzeit noch keine staatliche Landbehörde gab. 2008 haben die Großgrundbesitzer*innen das Land der Indigenen verkauft, Besitzpapiere wurden dazu mutmaßlich gefälscht. Auch hier wurden die Indigenen vertrieben, und sie kamen wieder, um das Land erneut in Besitz zu nehmen. Die neuen Besitzer*innen aber riefen die Polizei. „Es ging immer wieder hin und her“, sagt Digha. „Über Jahre, bis jetzt.“ Das Resultat: Die Konfliktparteien sind verfeindet und das Land selbst liegt seitdem brach. Faktisch gehört es den Indigenen. Auf dem Papier gehört es den Großgrundbesitzer*innen, die einflussreich sind und deswegen nicht einfach zum Umdenken bewegt werden können – auch weil sich kaum jemand traut, rechtliche Schritte gegen sie einzuleiten.

„Wir wollen keine gewaltsamen Auseinandersetzungen und keine dauerhaften Spannungen in unserem Ort“, beschreibt Digha. Denn Gewalt und Hass belasteten das gesamte soziale Gefüge. Sie sieht die Indigenen im Recht, die ohne das Land keine Lebensgrundlage haben. Die junge Frau weiß aber, dass eine Konfrontation und Schuldzuweisungen nicht viel bringen. Die Landkreisgruppe der Friedensinitiative versuche zunächst herauszufinden, was genau der Beweggrund der Großgrundbesitzer war, das Land nach Jahrzehnten plötzlich zu verkaufen. Dann geht es darum, ihnen die Bedürfnisse der Vertriebenen nahezu bringen. Und auch zu appellieren: „Die Familie ist anerkannt und verwurzelt in der Region, sie sollte doch auch ein Interesse an Frieden haben“, sagt der Gruppenvorsitzende, selbst Indigener, der den Fall eingebracht hat. „Und mit ihrer gesellschaftlichen Stellung geht eine Verantwortung einher.“ Es ist eines von vielen Argumenten und ein Hebel, gegenseitiges Verständnis und Einvernehmen zu schaffen. Damit auch dieser Konflikt bald überwunden werden kann.

Das Netzwerk stärken

Eine Nationale Plattform für Konflikttransformation

Von Rabiul Azam

*Die Friedensinitiative wirkt über die Region hinaus: Sie stärkt die Nationale Plattform für Konflikttransformation als Kompetenzzentrum in Bangladesch zur Anwendung und Förderung gewaltfreier Ansätze. Diese verbindet zivilgesellschaftliche Akteur*innen von Dörfern über Kreisstädte bis in die Hauptstadt Dhaka.*

Konflikte sind Teil der menschlichen Existenz. Wir begegnen ihnen jeden Tag: als Einzelne, in der Familie oder im Freundeskreis, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft. Wenn wir einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten finden, der Bedürfnisse und Interessen aller Beteiligten berücksichtigt, können diese eine wichtige und kraftvolle Quelle für positiven Wandel und Entwicklung sein – auf individueller Ebene ebenso wie für die Gesellschaft. Tritt jedoch Gewalt in verschiedenen Formen als Teil eines Konflikts auf, kann das Diskriminierung und Unrecht festigen oder vertiefen, Verletzungen und enormes Leid verursachen. In jeder Ecke Bangladeschs finden sich Beispiele für gewaltfreie Aktionen und Bewegungen. Die Gemeinschaften mussten Ansätze entwickeln, um

mit Konflikten umzugehen und sie so zu verändern, dass künftige Gewalt verhindert wird. Und sie haben diese Ansätze im Laufe der Zeit an ihren lokalen Kontext und das sich verändernde Umfeld angepasst.

Das Repertoire dieser lokalen Gemeinschaften ist zwar reichhaltig und vielfältig, wird aber auf verschiedene Weise in Frage gestellt. Die gegenwärtige soziale, politische und wirtschaftliche Dynamik sowie die Auswirkungen des Klimawandels, wie schwere Wirbelstürme, massive Überschwemmungen und langanhaltende Dürreperioden, tragen dazu bei. In diesem Zusammenhang nehmen insbesondere Konflikte um natürliche Ressourcen wie Land und Wasser zu. Und



Mitglieder der Nationalen Plattform für Konflikttransformation bei einem Schulfest, organisiert von der Friedensinitiative. Autor Rabiul Azam ist mit im Bild (2. v. r.).

leider nimmt auch die Gewaltanwendung im Zusammenhang mit diesen Konflikten zu. Neue und aufkommende Herausforderungen erfordern eine kontextspezifische Anpassung der bestehenden gewaltfreien Ansätze.

In Bangladesch bemühen sich immer mehr Praktiker*innen darum, diesen Anpassungsprozess zu begleiten, indem sie den lokalen Gemeinschaften Input und Unterstützung bieten.

Vor diesem Hintergrund haben wir – eine Gruppe von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Akademiker*innen – unsere Plattform für Konflikttransformation 2017 ins Leben gerufen. Hauptziel ist es, die Anwendung von konflikt-sensiblen Ansätzen bei zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen zu fördern. Als integraler Bestandteil dieses Bestrebens wollen wir den gezielten Aufbau von Kapazitäten durch Schulungen, Seminare und Vernetzung für und von verschiedenen Aktiven aus Bangladesch unterstützen.

Gleichzeitig stellt unsere Plattform einen sicheren Raum für gemeinsame Reflexion und Kooperation dar, der für die weitere Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume unerlässlich ist. So planen und realisieren unsere Mitglieder gemeinsame Aktionen in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen oder -feldern, um sicherzustellen, dass die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte insbesondere von Frauen und Mädchen sowie von Angehörigen gefährdeter Gruppen wie religiösen Minderheiten und indigenen Gemeinschaften geschützt werden.

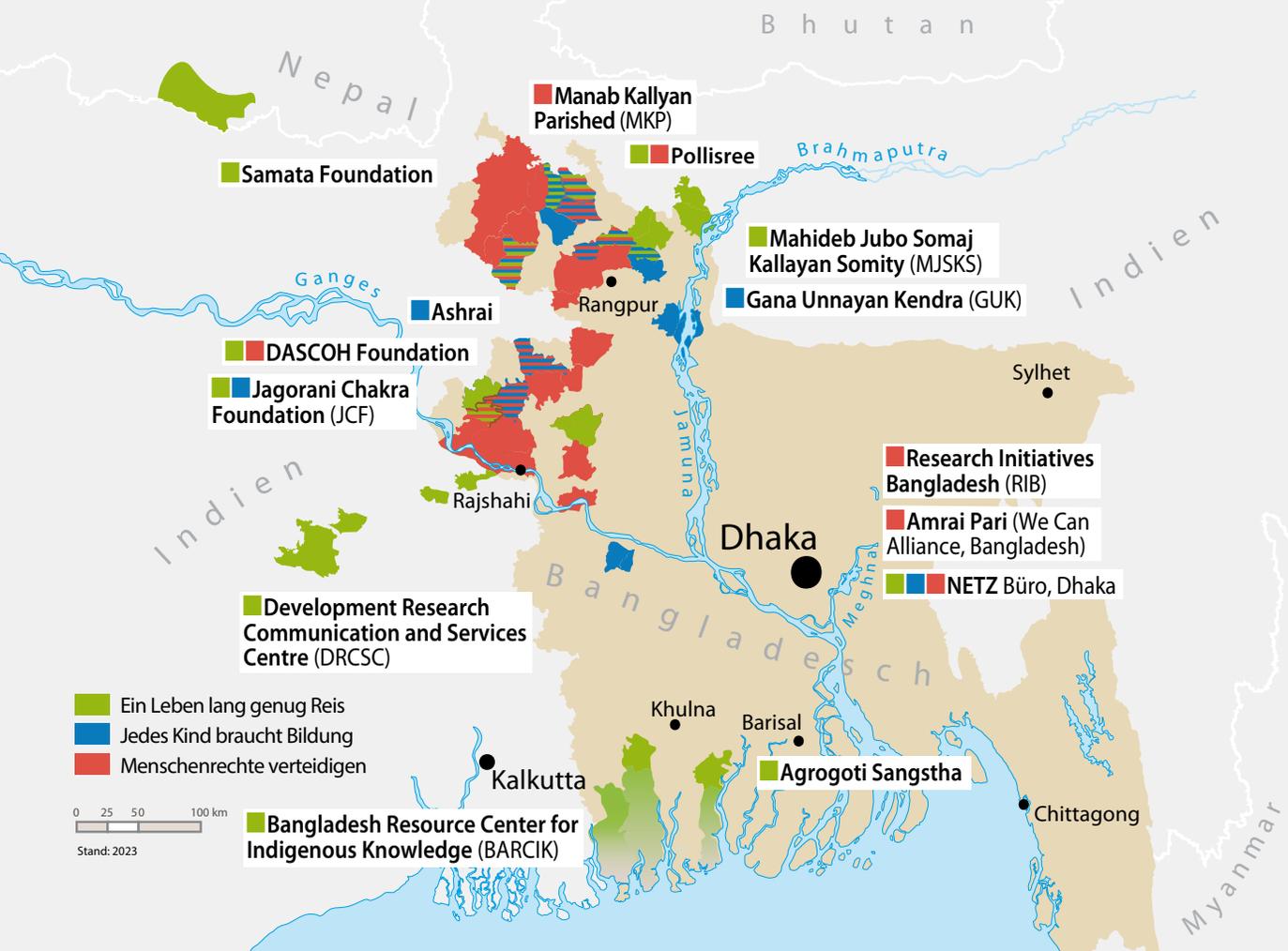
Zu unseren Aktivitäten gehören Schulungen für zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Behörden von der lokalen bis zur nationalen Ebene sowie Langzeittrainings für Mitarbeiter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen mit nationalen und internationalen Trainer*innen. Auch Advocacy-Arbeit mit politischen Akteur*innen, Erkundungsmissionen zur Unterstützung von Aktivist*innen auf lokaler Ebene bei schweren Menschenrechtsverletzungen und die kontinuier-

liche Beratung und Unterstützung von Opfern gewaltsamer Konflikte zählen dazu. Darüber hinaus haben wir die Entwicklung eines umfassenden Handbuchs in Bengalisches und Englisch initiiert und unterstützt, um Trainer*innen zu stärken, die andere in den Bereich der gewaltfreien Konfliktbearbeitung einführen wollen.

Wir sind bestrebt, unsere Bemühungen in Zukunft fortzusetzen, mehr zu lernen und uns selbst, unsere Organisationen und unsere Arbeit zu reflektieren und unsere Initiativen Schritt für Schritt sichtbarer zu machen. Und wir freuen uns darauf, uns weiter über Fragen auszutauschen wie: Was sind unsere Beiträge zur Gewaltfreiheit in Bangladesch und wie können wir sie verbessern? Was können internationale Bewegungen und Netzwerke von uns lernen und was können wir von ihnen lernen? Wie könnte eine effektivere Kombination von rechtsbasierten Ansätzen und Konzepten der Konflikttransformation aussehen? Wie können wir unser Netzwerk weiter ausbauen und verschiedene Personen und Gruppen aus unserer Gesellschaft stärker einbeziehen?

Derzeit hat die Plattform 27 Mitglieder, darunter Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Menschenrechtsaktivist*innen, Akademiker*innen und Journalist*innen. Es gibt regelmäßige Treffen – neue Mitglieder sind willkommen. Zu den Mitgliedsorganisationen gehören unter anderem das Bangladesh Indigenous Peoples Forum, Research Initiatives Bangladesh, Pollisree und SHAREE. DASCOPH und MKP sind Gründungsmitglieder der Plattform, deren Sekretariat im NETZ-Landesbüro in Dhaka angesiedelt ist. Mehr als die Hälfte der Mitglieder nahm bereits an Schulungen über Ansätze zur Konflikttransformation mit Trainer*innen aus Nepal, Indien, Deutschland und Bangladesch teil. Sie trugen wiederum zur Entwicklung der Friedensinitiative in Bangladesch bei und dazu, dass das Engagement bereits wichtige Erfolge erzielt hat.

Der Autor ist Leiter der bangladeschischen Nichtregierungsorganisation Manab Kallyan Parishad (MKP), Foto: NETZ.



Partnerorganisationen und Projekte von NETZ

In „**Ein Leben lang genug Reis**“ erarbeiten sich die am meisten benachteiligten Familien eine Lebensgrundlage. Mit Schulungen und Startkapital erwirtschaften sie dauerhaft Einkommen für Ernährung, Gesundheitsvorsorge und die Bildung ihrer Kinder. Frauengruppen fordern ihre Rechte und Mitbestimmung ein und bauen langfristige Selbsthilfe-Strukturen auf.

Eine große Herausforderung sind die zerstörerischen Folgen des **Klimawandels**: Die Projekte sorgen bei Überschwemmungen und Dürren vor und fördern die Nutzung nachhaltiger Anbauformen. NETZ arbeitet regional vernetzt auch mit Indien und Nepal.

Menschenrechtsverteidiger*innen schützen Rechte – besonders von Frauen, Mädchen und indigenen Minderheiten. Sie verhindern

häusliche Gewalt oder Landnahme, transformieren Konflikte und fordern gegenüber der Regierung eine gerechte Gesetzgebung.

Projekte für **Grundbildung** sichern das Recht auf Bildung aller Kinder. Mit eigenen Schulen in entlegenen Regionen und der Förderung an staatlichen Schulen ermöglichen NETZ-Partner hochwertige Grundbildung – Fortbildungen für Lehrkräfte und Förderung des Engagements der Lokalbevölkerung inklusive.

Katastrophenvorsorge: NETZ und seine Partner reagieren schnell. Zusammen mit der Lokalbevölkerung organisieren sie vor Ort Soforthilfe beim Kampf gegen Hunger und Krankheiten nach einer Naturkatastrophe.



Foto: Snigdha Zaman

Einsatz für den Frieden

Gemeinsam mit NETZ engagieren sich Menschen unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen in Bangladesch, um mit Dialog und Gemeinschaftssinn den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Hindus, Muslime und Vertreter*innen indigener Gemeinschaften gehen zusammen gegen Gewalt vor. Sie sprechen in den Dörfern über Menschenrechte und stärken mit ihrer Friedensarbeit die gewaltfreie Transformation von Konflikten. Mit 58 Euro fördern Sie den Einsatz einer Menschenrechtsverteidiger*in für ein Jahr.



Geprüft + Empfohlen!

Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bestätigt, dass wir mit den uns anvertrauten Mitteln sorgfältig und verantwortungsvoll umgehen.

NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.
Moritz-Hensoldt-Str. 20 • D-35576 Wetzlar • Tel.: 06441 / 97463-0
zeitschrift@bangladesch.org • www.bangladesch.org

Spendenkonto / IBAN Volksbank Mittelhessen
DE 82 5139 0000 0000 0062 62 • BIC: VBMHDE5F